

F) Dringliche Anträge

Bürgermeister Mag. Nagl:

So, gut. Damit haben wir den gesamten öffentlichen Teil des Gemeinderates abgearbeitet. Ich darf jetzt zu den Dringlichen kommen.

F.1) Verbesserungen im steirischen Verkehrsverbund (GR Eber, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der erste dringliche Antrag, den wir heute behandeln, wird von Herrn Gemeinderat Eber gestellt. Es geht um die Verbesserung im steirischen Verkehrsverbund. Ich darf den Vorsitz an den Kurt Hohensinner, an den Herrn Stadtrat, übergeben.

Vorsitzwechsel (15.20 Uhr): StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Stadtrat Hohensinner! In meinem Antrag geht es um den steirischen Verkehrsverbund, der vor nunmehr 20 Jahren, nämlich im März 1997, gegründet wurde. Bis dahin hat es ja nur, oder nur einige Jahre lang einen Verkehrsverbund gegeben, sozusagen im Großraum Graz, mit vor allem Ost-, West- und Südsteiermark. Und damals wurde dann vor zwanzig Jahren eben dieser Verkehrsverbund auf die gesamte Steiermark ausgeweitet. Heute umfasst er 57 Verkehrsunternehmen mit rund 500 Verbundlinien. Im Herbst wird dieser Verbundvertrag neu verhandelt. Bereits im Jänner 2018 soll dieser dann in Kraft treten.

Es hat im Laufe der Jahre natürlich einige Veränderungen gegeben, besonders auch in Graz. In Graz gibt es die SozialCard. InhaberInnen einer SozialCard können damit auch eine günstige Jahreskarte der Holding Graz Linien um nur € 50 erhalten bzw. um € 60, wenn sie die Schloßbergbahn dabei haben wollen. Eine weitere, sehr positive Entwicklung in Graz stellt die Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer da.

Sie bezahlen dafür aktuell € 247 statt eigentlich € 422, wie sonst überall im Verkehrsverbund für diese Jahreskarte zu bezahlen wäre, weil die Stadt Graz den Tarif mit € 175 stützt. Wünschenswert wäre hier natürlich eine Ausweitung auf jene Auspendler und Auspendlerinnen von Graz, deren Arbeitsweg über die Zone 101 hinausreicht.

Bei näherer Betrachtung offenbaren sich dann allerdings auch einige Schwächen im System, wenn man es so nennen will. Einerseits, weil Vergünstigungen zum Teil nur für den Haustarif der Holding Graz Linien und nicht für den Verkehrsverbund gelten, zum anderen, weil sich der Verbundvertrag zu sehr an den Bedürfnissen der Verkehrsunternehmen orientiert. So gilt die Jahreskarte für SozialCard-InhaberInnen Mobilität nur für ein- und zweistellige Linien-Nummern. Also für Straßenbahn- und Stadtbus-Linien. Jetzt wird es dunkel. *(Zwischenbemerkung von GR Eber, als die Vorhänge geschlossen werden).*

Nicht aber für dreistellige Regionalbusse. Oder für die S-Bahn. Es müsste eine entsprechende Regelung getroffen werden, damit in Hinkunft die Jahreskarte der Holding Graz Linien auch auf Regionalbussen und Eisenbahnen gültig ist. Also, für SozialCard-InhaberInnen.

Mit einem steirischen Familienpass können Kinder bis zum 15. Lebensjahr gratis mit den Eltern bzw. einem Elternteil mitfahren, dies gilt allerdings wiederum nicht für InhaberInnen einer SozialCard Mobilität. Die Benachteiligung von InhaberInnen der Grazer SozialCard Mobilität, die auch über den steirischen Familienpass verfügen und ihre Kinder oder ihr Kind mitnehmen möchten, muss beseitigt werden.

Kinder, die das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben, aber noch nicht in die Schule gehen, weil sie beispielsweise im Spätherbst geboren sind, haben keinen Anspruch auf Freifahrt. Für diese Kinder, die beispielsweise täglich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in den Kindergarten fahren, müsste jedes Mal ein eigenes Ticket gekauft werden. Wir sind der Meinung, dass alle Kinder jedenfalls bis zum Schuleintritt in den Genuss der Freifahrt kommen sollen.

Dann gibt es noch die Tarifautomatik. Die bedeutet, dass die Tarife jährlich um das 1,75-fache des Verbraucherpreisindexes steigen können. Dies führt zu überdurchschnittlichen Preissteigerungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Daher sollte im neuen Verbundvertrag festgelegt werden, dass, wenn es schon überhaupt so eine Tarifautomatik oder quasi Automatik gibt, diese maximal im Ausmaß des Verbraucherpreisindexes stattfinden dürfen.

Und schließlich soll die Seniorenermäßigung für die Stunden- bzw. 24-Stunden-Karte von der ÖBB-Vorteilskarte entkoppelt werden. Auch hier haben wir im Gemeinderat schon mehrmals, glaube ich, mehrheitliche oder sogar einstimmige Beschlüsse gefasst. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die zuständigen Abteilungen sowie die Holding Graz zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die im Motivenbericht formulierten Zielsetzungen erreicht werden können. Für die von Graz im Lenkungsausschuss des steirischen Verkehrsverbundes vertretenen Mitglieder ist ein Strategiepapier zu erarbeiten, das dem Gemeinderat ehestmöglich zur Beschlussfassung vorgelegt wird, damit die erarbeiteten Punkte bei den Verhandlungen für den neuen Verbundvertrag Berücksichtigung finden können und...

Vorsitzwechsel (15.28 Uhr): StR Riegler übernimmt den Vorsitz

2. ...der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn, jetzt Vorsitzenden, Stadtrat Dr. Günter Riegler, eine Überprüfung der Möglichkeiten und Auswirkungen vorzunehmen, damit auch Grazerinnen und Grazer, die über die Zone 101 hinaus pendeln, in den Genuss einer Förderung in zumindest gleicher Höhe (derzeit € 175) wie die Inhaber und Inhaberinnen der „Jahreskarte Graz“ erhalten. Dankeschön. Ich ersuche um Annahme. (*Applaus*)

*Gemeinderat Klubobmann Eber stellt daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag zur dringlichen Behandlung**, gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die zuständigen Abteilungen sowie die Holding Graz zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die im Motivenbericht formulierten Zielsetzungen erreicht werden können. Für die von Graz im Lenkungsausschuss des steirischen Verkehrsverbundes vertretenen Mitglieder ist ein Strategiepapier zu erarbeiten, das dem Gemeinderat ehestmöglich zur Beschlussfassung vorgelegt wird, damit die erarbeiteten Punkte bei den Verhandlungen für den neuen Verbundvertrag Berücksichtigung finden zu können.*
2. *Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler, eine Überprüfung der Möglichkeiten und Auswirkungen vorzunehmen, damit auch Grazerinnen und Grazer, die über die Zone 101 hinaus pendeln, in den Genuss einer Förderung in zumindest gleicher Höhe (derzeit € 175) wie die Inhaberinnen der „Jahreskarte Graz“ erhalten.*

Stadtrat Dr. Riegler: Danke, Herr Gemeinderat Eber. Wobei ich Sie nicht unterbrechen wollte, weil ich noch jung in dieser Vorsitzfunktion bin, aber ich Sie bitten möchte, dass Sie sich auch an die Zeitvorgaben halten. Und darf ich darum bitten, sich zu Wort zu melden, falls jemand die Dringlichkeit behandeln möchte. Und da sehe ich schon den Ersten, Herrn Gemeinderat Ewald Muhr.

Gemeinderat Muhr:

Sehr geehrter Vorsitzender, lieber Günter! Liebe Stadträtin Elke! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Manfred! Der Inhalt des Antrages wurde ja bereits von unserer sozialdemokratischen Fraktion auch schon mehrmals gefordert. Dazu sollte man sich aber vor Augen halten, dass wir ein ambitioniertes Ziel haben und zwar, den Modalsplit im öffentlichen Verkehr von 20 auf 24% bis 2020 zu steigern. Darüber hinaus, das haben wir schon gehört, wächst Graz und damit wächst auch die Nachfrage nach attraktiven Angeboten im öffentlichen Verkehr.

Auch die Umlandgemeinden wachsen überdurchschnittlich schnell und das wirkt sich natürlich auch auf den Grazer Verkehr aus. Aus diesem Grund ist es hier dringend notwendig, die richtigen Schritte zu setzen und zwar nicht nur hinsichtlich der Infrastruktur, die notwendig ist, sondern auch hinsichtlich der Attraktivität. Und dazu gehört einmal die Preispolitik, es gehört dazu die Taktfrequenz, die Pünktlichkeit etc., etc. Und die in diesem Antrag angeführten Punkte stellen natürlich eine Steigerung der Attraktivität dar und deshalb werden wir diesen Antrag auch hinsichtlich der Dringlichkeit und des Inhaltes unterstützen. (*Applaus*)

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Gemeinderat Muhr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Und da sind wir schon bei Frau Gemeinderätin Ussner.

Gemeinderätin Ussner:

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen das wissen, wir haben am Montag eine recht spannende Diskussion gehabt, von ProBim organisiert, wo es unter anderem auch eben um die im Antrag angesprochenen Probleme gegangen ist. Und der Antrag umfasst noch mehr sinnvolle Punkte. Deswegen werden wir Grünen natürlich zustimmen. Vor allem den zweiten Punkt betreffend, hat mein Kollege Karl Dreisiebner ja schon öfters den wichtigen Punkt eingebracht, dass Erweiterung der Jahreskarte über die 101 Zone hinaus durchaus sinnvoll und notwendig wäre, um eine Attraktivierung des ÖV für die Pendler und Pendlerinnen zu erreichen.

Worauf ich jetzt aber gespannt bin, ist nämlich, ob der Antrag eine Mehrheit erreicht, weil bei der Diskussion am Montag waren sich noch alle Vertreter und Vertreterinnen der hier anwesenden Parteien einig, dass das sehr wichtig und sinnvoll und nötig wäre. Also, wir halten jedenfalls unser Wort.

Stadtrat Dr. Riegler:

Dankeschön, Frau Gemeinderätin Ussner. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Und da haben wir schon Gemeinderat Topf.

Gemeinderat DI Topf:

Werter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Frau Stadträtin! Ich bin schon etwas verwundert. Ich sage es ganz ehrlich, wie es ist. Normalerweise werden diese Punkte, und da spreche ich jetzt als Vorsitzender des Verkehrsausschusses, schon fachlich einmal aufbereitet in einem Ausschuss.

Also ich hätte mir schon einmal vorgestellt, dass die Dinge, die jetzt im Herbst offensichtlich auch mit dem Verkehrsverbund zur Diskussion kommen werden und wo du, Frau Stadträtin, natürlich eine wertvolle und sicher federführende Rolle auch für die Stadt Graz einnehmen wirst, wäre es schon angebracht gewesen, wenn wir einen Verkehrsausschuss, gestern wäre ja die Gelegenheit gewesen, vielleicht im zukünftigen Verkehrsausschuss die Gelegenheit da, hier diese Punkte einmal fachlich zu diskutieren, bevor wir unseren Finanzstadtrat sozusagen in Punkt zwei auffordern, diese Dinge jetzt möglichst schnell umzusetzen.

Also, das ist schon etwas, was komisch anmutet, sage ich. Und ich hätte mir vorgestellt, dass diese Vorschläge, die wir jetzt hier punktweise eher mit Finanzbezug natürlich auch hier vorgestellt bekommen, dass wir das ausführlich im Verkehrsausschuss und möglicherweise in Verbindung auch mit dem Finanzausschuss diskutieren. Weil, es geht ja letztendlich darum, und wie können wir das auch finanziell, steirisch, daheben? Also, wir haben immer wieder Masterpläne, immer wieder Vorstellungen in jeglicher Richtung, insbesondere was das Verkehrsressort betrifft, und kommen dann immer wieder in die Situation, die Umsetzung wird schwierig, und deshalb wird von unserer Seite heute einmal die Dringlichkeit abgelehnt. Und auch der Inhalt.

Denn, ich denke, dass das korrekt wäre, das im Verkehrsausschuss einmal fachlich zu diskutieren und vielleicht gibt es sogar eine finanzneutrale Darstellung. Wenn man die Umlandgemeinden jetzt in der Diskussion im Herbst mit dem Verkehrsverbund miteinbindet. Ich glaube, das wäre der richtige Weg gewesen, anstelle jetzt Forderungen zu stellen, die insbesondere natürlich die Richtung, Richtung Finanzstadtrat gehen, der ja nicht einmal weiß, wie er sich diese finanzielle, sozusagen, wie er sich diese finanzielle Darstellung vorstellen könnte. Also ich bitte darum, auf jedem Fall im Verkehrsausschuss das einmal anzudenken, fachlich anzudenken, bevor man hier einen dringlichen Antrag in Richtung Finanzstadtrat stellt. *(Applaus)*

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Gemeinderat Topf. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Und da haben wir schon den nächsten, Herrn Gemeinderat Lohr.

Gemeinderat Ing. Lohr:

Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Eber! Dringlicher Antrag ja ist immer populär in Wahlkampfzeiten. Montag sind wir ja alle bei der ProBim zusammengesessen. Da war natürlich neben den technischen Details auch die Finanzierung ein Stück davor, aber der Kollege Topf hat in Wahrheit schon alles gesagt. Dieses Thema ist jetzt nicht dringlich, dass man das jetzt noch im September durchpeitschen muss. Das hat ja eine lange Geschichte. Dieser Finanzierungsvertrag wird im Herbst verhandelt und da kann die Stadträtin Kahr dann mit dem Stadtrat Riegler ja nur in Verhandlungen gehen, wenn das gut vorbereitet ist durch die Beamtenschaft. Das passiert, ich glaube, da brauchen wir nicht deinen Antrag. Es sind sicher Ideen dabei, die man andiskutieren kann, es ist finanztechnisches Wunschkonzert. Du hast heute das Wort „Luftschlösser“ schon in den Mund genommen. In dem Fall ist das ein Luftschloss. Es ist ein Luftschloss. Die Frau Kahr kann auch im eigenen Ressort tätig werden.

Und daher ist dieser Antrag nicht dringlich. Wie gesagt, zur Kollegin Ussner, wir werden Sie heute da zwar enttäuschen, dass wir mit dem Antrag nicht mitgehen, aber wir stehen natürlich weiterhin für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das ist ja nur ein kleines Puzzle-Stück der Finanzierung, wo man, wie der Kollege Topf gesagt hat, sich da einmal im Ausschuss den aktuellen Stand holt und steirischer Verkehrsverbund ist ja die Stadt Graz ja wieder nur ein Teil, das heißt, wir brauchen ja dann Partner, die dort mitverhandeln und an unserem Strang mitziehen. Danke. (*Applaus*)

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Gemeinderat Lohr. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, gebe ich jetzt dann gleich dem Herrn Eber das Schlusswort. Möchte allerdings da schon noch hinzufügen, dass ich tatsächlich etwas überrascht bin, dass wir jetzt sozusagen als Wahlkampfgag gewissermaßen Forderungen, die ja durchaus berechtigter Weise, Frau Stadträtin Kahr, zu diskutieren sind, jetzt sozusagen über den Weg eines Dringlichen hereinserviert bekommen.

Denn, natürlich mag es sein, und das sage ich auch für etwaige anwesende Journalisten, natürlich mag es sein, dass wir so einen Fall, den es ca. 6-mal im Jahr gibt, dass ein Kind schon 6 Jahre alt ist, aber halt noch nicht Schüler ist, und daher kurzzeitig nicht in den Genuss einer Freifahrt kommt, dass wir solche Fälle natürlich irgendwann regeln müssen, und deswegen gibt es ja auch Verhandlungen, die ja tatsächlich beginnen. Und die auch beginnen sollen. Ich darf darauf verweisen, dass ich übrigens schon seit dem Sommer auf einen Termin beim Landesrat Lang warte, um eine Fortsetzung der Gespräche zu führen. Im Sommer hat er sich entschuldigt, möglicherweise aufgrund der neuen Last, die auf ihn gekommen ist, indem er vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter das Finanzressort auch noch umgehängt gekriegt hat.

Auf jeden Fall hat er da keine Zeit für mich gehabt, es war bis jetzt leider nicht möglich, mit dem Landesrat Lang einen Fortsetzungsverhandlungstermin zu führen. Du weißt, dass du über den Herrn Kroißbrunner im Lenkungsausschuss des Verkehrsverbundes bist, genauso, wie von unserer Warte aus, der Dr. Kamper drinnen sitzt. Es ist alles im Gange und du wirst in mir den ersten Partner dafür haben, wenn es darum geht, möglichst finanziell leistbar, nämlich – finanzierungsneutral - mögliche weitere Verbesserungen zu erzielen. Nur bittschön, nicht über einen dringlichen Antrag, jetzt drei Wochen vor der Wahl, sondern das machen wir dann ganz in Ruhe im November/Dezember, wenn wir tatsächlich im Verkehrsverbund diese Dinge verhandeln. Das wollte ich sozusagen nur sagen, und den ...

Zwischenruf Stadträtin Kahr: Ich muss zur Geschäftsordnung was sagen.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ok. Bitte zur Geschäftsordnung. (*Applaus*)

Stadträtin Kahr:

Der Wahltermin, das trifft uns viel weniger wie andere Parteien. Das ist mir unabhängig davon, warum ist das dringlich?

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Vieles hat...

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Nein, es hat, wir sind nicht von solchen Sachen geleitet wie oft ihr, das muss ich euch wirklich sagen. Aber das ist wurscht. Das Thema ist wichtig.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Und der Herr Stadtrat Riegler hat vollkommen eines schon richtig gesagt. Es sind zwei Vertreter von der Stadt Graz da drinnen, der Herr Kroißbrunner und der Herr Finanzdirektor, die einen Auftrag brauchen. Der Herr Abteilungsvorstand Kroißbrunner wird von meiner Seite genau das, unter anderem, als Auftrag und Bitte bekommen.

Aber es wäre natürlich, wenn ihr diese Themenpunkte oder einzelne, wir hätten das eh lieber gesplittet gehabt, aber das geht von der Vorgehensweise nicht, hat uns die Frau Dr. Zwanzger aufgeklärt. Aber wenn man zum Beispiel allein den einen Punkt mit den Vorschulkindern, was nicht sechs trifft, es trifft schon ein bisschen mehr, wenn wir das nicht schaffen. Das ist eine echte Ungerechtigkeit. Und wenn wir sozusagen...

Ordnungsruf durch Stadtrat Dr. Riegler: Zur Geschäftsordnung was sagen.

Stadträtin Kahr:

...dort beauftragen und es wäre halt schöner, wenn es der Gemeinderat beauftragt, oder eine Stadträtin. Insofern ist die Vorgehensweise vollkommen korrekt.

Stadtrat Dr. Riegler:

Also zur Geschäftsordnung war es zwar nicht, aber wir nehmen es trotzdem zur Kenntnis. Ich habe mich ja auch ein bisschen eingemischt. Auf jeden Fall darf ich jetzt bitte den Herrn Gemeinderat Eber um sein Schlusswort bitten, bevor wir dann zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen.

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Danke. Ich freue mich natürlich auch über Ihre Einmischung. Es soll ja auch diskutiert werden, dazu ist es ja da, denke ich einmal. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, es geht in diesem Antrag nicht darum, dass wir jetzt, wie es da angeklungen ist, ich weiß jetzt die genauen Formulierungen nimmer, die da verwendet worden sind, aber dass man da irgendwie große, oder mehr oder weniger große finanzielle Belastungen für die Stadt erwirken würden, ich meine, das würde sowieso nicht gehen bei einem dringlichen Antrag, weil das ja ausgeschlossen worden wäre ansonsten.

Es heißt ja ganz konkret zum Beispiel: Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Abteilungen sowie die Holding zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Zielsetzungen erreicht werden können. Also das heißt, es ist natürlich nicht finanzwirksam und das Ziel, meines Erachtens, muss natürlich sein, dass das für die Stadt Graz möglichst aufkommensneutral sein muss. Genau deswegen wenden wir uns da an den Verkehrsverbund bzw. an die Verhandlungen jetzt und die Verhandlungspartner, damit diese Ziele noch einmal möglichst aufkommensneutral für uns erreicht werden können.

Geht vielleicht nicht überall und nicht in jedem Punkt, aber das ist dann eben natürlich Verhandlungssache. Und es wird auch nicht der Herr Stadtrat, der Herr Finanzstadtrat Dr. Riegler, aufgefordert, da jetzt gleich alles zu bezahlen, sondern er wird auch nur aufgefordert bzw. ersucht, glaube ich, heißt es sogar, wenn ich ganz genau, ja, ersucht wird er zu prüfen, was das beispielsweise kosten würde, welche Belastungen auf die Stadt zukommen würden, wenn wir den Auspendlern, die über die Zone 101 hinauspendeln, die gleiche Zuzahlung gewähren würden.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Insofern ersuche ich natürlich jetzt auch die ÖVP und die FPÖ um Zustimmung zur Dringlichkeit zunächst. Danke. (*Applaus*)

Stadtrat Dr. Riegler:

Ok. Danke, Herr Gemeinderat Eber. Damit kommen wir zum ersten Mal unter meiner Vorsitzführung zu einer Abstimmung und darf daher alle jene um ein Zeichen mit der Hand bitten, die für die Dringlichkeit sind. So, jetzt muss mir da irgendwer mithelfen. Neunzehn Stimmen für die Dringlichkeit, habe ich richtig...

Unverständliche Zwischenrufe

...20 Stimmen.

Ich bin Finanzler, da reicht es ungefähr. So, gegen die Dringlichkeit, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Sind 25. Damit bleibt der Dringlichkeit der Erfolg versagt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos abgelehnt.

Und ich komme hiermit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das wäre der dringliche Antrag der KPÖ, Frau Gemeinderätin Braunersreuther.

Zwischenruf: Zurückgezogen.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ist zurückgezogen. Hat sich meiner Wahrnehmung entzogen. Wahrscheinlich deswegen, weil wir schon ausführlich diskutiert haben.

**F.2) Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität
(GR KO Sippel, FPÖ)**

Stadtrat Dr. Riegler:

Damit kommen wir zum dringlichen Antrag der freiheitlichen Partei, Gemeinderat Sippel, Klubobmann Sippel, Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Werter hoher Gemeinderat! Genauso ist es. Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität. Natürlich ein sehr komplexes Thema. Aber nachdem ich davon ausgehe, dass jeder den Motivenbericht in Vorbereitung der heutigen Gemeinderatssitzung gelesen hat, oder, werde ich jetzt nicht so am Motivenbericht verhaftet bleiben, sondern ein bisschen aus eigener Erfahrung und aus eigener Beobachtung berichten.

Ich war in letzter Zeit dreimal im Stadtpark, bin bewusst durchgegangen. Vor allem in das Gebiet rund um den Stadtpark-Brunnen und beim Forum Stadtpark. Und ich kann Ihnen, ich kann euch eines berichten, also die Zustände dort sind unzumutbar. Unzumutbar für die Grazer Bevölkerung, für Mütter mit Kindern, für ältere Personen, aber auch für jeden anständigen Grazer. Das ist wirklich kein Tun, auf gut steirisch gesagt, und da herrscht wirklich ein rechtsfreier Raum. Das sind mittlerweile No-Go-Areas, die dort vorzufinden sind. Es wird offen gedealt, ungeniert gedealt. Gerade, dass die Dealer keinen Bauchladen umhaben, wo sie die Sackerl mit Haschisch und anderen Substanzen da feilbieten. Es wird geraucht, konsumiert und zwar nicht, der Michi Ehmann lacht, nicht Tabak, sondern Cannabis. Auch wenn ihr das vielleicht auch gerne hättet, dass es legal ist, es ist noch illegal und es wird hoffentlich auch illegal bleiben.

Weil man beim Cannabis von heute ja nicht mehr von irgendeinem Kraut reden, das harmlos ist, so wie es bei den '68ern noch war, sondern mittlerweile sind das auch starke Drogen. Der THC-Gehalt ist mittlerweile wirklich sehr, sehr stark. Also das ist ja nicht zu verharmlosen. Insofern finden dort illegale Handlungen statt. Dann wird gegrillt. Ja, wir haben eine Grünanlagen-Verordnung, wo drinnen steht, dass es ein Grillverbot gibt. Es wird da trotzdem gegrillt. Die Hunde laufen frei herum. Wir haben eine Leinenpflicht. Wie ich letztens dort war, ist einer mit einem 10-kg-schweren Hubschrauber ferngesteuert herumgeflogen dort. Der ist knapp über die Köpfe der Besucher des Stadtparks hinweg geschwebt. Kann man jetzt auch lustig finden, ich hätte es eher als gefährlich eingeschätzt.

Also, das heißt, es hält sich dort überhaupt niemand mehr an irgendetwas und deshalb, glaube ich, ist es sehr, sehr dringlich, da auch einmal das ins Bewusstsein zu rufen und sich zu überlegen, welche Maßnahmen stehen an, um die Situation im Grazer Stadtpark, das gilt natürlich dann auch für weitere Parks selbstverständlich, wieder sicherer zu gestalten. Und da gibt es einige Ideen, wo ich hoffe, auch hier heute eine Mehrheit zu finden. Denn wir müssen die künftige Bundesregierung, es wird ja eine neue Bundesregierung geben, ja auch auffordern, dann tätig zu werden.

Und hier die Maßnahmen, die bisher anscheinend nicht fruchten, da auch nachzuschärfen. Ich meine, ich hoffe, dass uns die Bundesregierung das nachmacht, so wie wir in Graz haben, eine schwarz-blaue Koalition, oder eine blau-schwarze Koalition. Ich glaube, das wäre, gerade was das...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Ja. Ja, das haben wir gehabt und wir werden es auch wieder haben, weil es die beliebteste Koalitionsform der Österreicher ist, wie du vielleicht da auch lesen kannst in diversesten Umfragen. (*Applaus*)

Ihr kommt ja nicht mehr in Betracht für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene, trotz großer Unterstützung der grünen Jugend, die sich endlich dazu bekennen, was sie wirklich sind, nämlich Kommunisten. Es wird trotzdem nicht reichen. Also von dem her, ja, wird es wahrscheinlich zur, ich hoffe es zumindest, zur beliebtesten Koalition der Österreicher kommen, nämlich schwarz-blau oder blau-schwarz. Und ich glaube, die sollten wir dann eben auch beauftragen, hier einmal nachzudenken, ob die Gesetzmaterien, die wir derzeit haben, ob die noch ausreichen.

Ich glaube, man sollte einmal durchaus darüber nachdenken und das habe ich aus vielen Gesprächen mit Kriminalpolizisten oder auch mit normalen Exekutiv-Beamten, die gesagt haben, wir sollten aber auch einmal darüber nachdenken, ob man nicht auch den Konsum, alleine das Erwerben von Drogen, unter Strafe stellen. Weil ich glaube, damit wird diese ganze Kette in Gang gesetzt. Die, die nachfragen, erzeugen das Angebot. Wenn die unbehelligt bleiben, indem sie dort frei Drogen kaufen können, ich glaube, dass wäre einmal eine Maßnahme, wo man sicher auch einiges verbessern könnte.

Und das ist ja kein Wunsch, den bzw. eine Maßnahme, die jetzt ich erfunden hätte, sondern das ist wirklich ein Wunsch, der seitens der Exekutive besteht.

Aber was nutzen die ganzen Gesetze, die ja durchaus schon vorhanden sind, wenn niemand da ist, der sie auch entsprechend exekutiert. Sprich, Stichwort: Personal-mangel. Auch da gilt es natürlich anzusetzen, Druck zu machen. Da wäre natürlich, nachdem es in anderen Städten ähnliche Problemlagen gibt, nehmen wir her Linz – Hessenpark usw., dass man da gemeinsam über den Städtebund auch vorgehen und auf eine Bewusstseinsbildung hoffen. Ich weiß, es ist ein mühsames Thema. Es ist oft diskutiert worden.

Es ist sehr komplex, wir haben in der Stadt Graz im Gemeinderat nur sehr wenige Kompetenzen, die uns auch ja da irgendwelche Mittel in die Hand geben, um vorgeben zu können, aber wir müssen immer wieder auch auf die Situation hinweisen. Deshalb bringe ich diesen Antrag ein. Die vier Punkte werden Sie auch gelesen haben. Insofern betrachten Sie diese als eingebracht, und ich bitte selbstverständlich um eine breite Annahme. (Applaus)

*Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel stellt namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **dringlichen Antrag** gemäß § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz, der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz – allen voran Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl - werden ersucht, im österreichischen Städte- und Gemeindebund auf Grundlage des Motivenberichtes eine entsprechende Diskussion mit dem Ziel, einen gemeinsamen Forderungskatalog an den Bundesgesetzgeber zu erstellen, in Gang zu bringen. Dieser Forderungskatalog soll auf nachfolgende Säulen aufbauen:*

- 1. Es besteht die dringende Notwendigkeit einer Strafgesetznovelle sowie der Erneuerung sämtlicher relevanter Materiengesetze im Zusammenhang mit Besitz, mit Konsum und mit Handel mit verbotenen Substanzen.*
- 2. Eine entsprechende Aufstockung des Personals, vor allem im Bereich der Staatsanwaltschaften und im Bereich der Gerichtsbarkeit, ist unumgänglich. Nur so ist eine konsequente Strafverfolgung und –vollziehung des Handels mit verbotenen Substanzen zu gewährleisten.*

3. *Polizeikräfte müssen in den urbanen Ballungsräumen aufgabenadäquat aufgestockt und dauerhaft stationiert werden.*
4. *Für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Prävention und Aufklärung ist gerade aus Bundesmitteln dringend zu sorgen.*

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Klubobmann Sippel. Der Nächste zur Dringlichkeit ist Gemeinderat Ehmann.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Stadtrat Riegler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Herr Kollege Sippel! Ich habe den Ausführungen durchaus, ich will das Thema nicht verharmlosen, aber teilweise war es notwendig, das launisch zu betrachten. Aber zur genauen Analyse dessen kommen wir noch, wenn die Dringlichkeit durchgeht und ich nehme an, dass es dies tut, weil uns dieses Thema auch wichtig ist. Und wir das grundsätzlich nicht verharmlosen wollen, aber eine andere Zugangsweise haben, die wir hier noch näher erläutern werden, werden wir der Dringlichkeit zustimmen und werden uns nachher zu Wort melden. Danke.

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Gemeinderat Ehmann. Es zeichnet sich da schon eine Dringlichkeit ab. Darf ich um weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit ersuchen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich einladen, Herr Klubobmann Sippel, etwas Schluss...

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Dr. Riegler:

Kein Schlusswort? Ok. Dann darf ich gleich zur Abstimmung über die Dringlichkeit schreiten. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist eine überwältigende Mehrheit. Gegenprobe. Keine Gegenstimme. Dann ist die Dringlichkeit hiermit gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

F.2.1) Zusatz-Antrag von GR Alic (KPÖ) zum dringlichen Antrag betreffend Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität

Stadtrat Dr. Riegler:

Und ich habe zunächst hier bei mir liegen einen Zusatzantrag von der KPÖ von Herrn Gemeinderat Horst Alic, und darf daher ihn ersuchen, diesen zu erläutern, wenn ich hoffentlich alles richtig mache.

Gemeinderat Alic:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Es ist an sich eh schon viel gesagt worden und deswegen werde ich da mich wieder ans Vorlesen halten. Was ich aber schon kommentieren muss, ist, dass wir zum größten Teil als Fraktion und ich persönlich natürlich mit dem dringlichen Antrag, also auch mit dem Inhalt d'accord gehen. Es ist immer wieder schön, und es ist auch schon erwähnt worden, dass Wahlkampf ist. Das merkt man als Exekutiv-Beamter hier, dass man erwähnt wird, auch wenn nichts passiert. Und, dass immer wieder bemerkt wird, dass die Personaldecke ausgedünnt ist und derlei Dinge. Und wenn man sich recht erinnert, deswegen können wir dem natürlich folgen, lieber Kollege Sippel, dass das Personal aufgestockt wird bei Gericht und Staatsanwaltschaft, weil auf wen sollen die aufpassen, wenn keiner eingesperrt wird? Und ich arbeite im Gefängnis, ich bin selber Exekutiv-Beamter, ich bin...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Alic:

Ich meine, es ist nicht so, dass man nicht verwaltungstechnisch noch beschäftigt wären, wenn wir ab heute keinen mehr einsperren würden. Könnte ich, glaube ich, noch ein halbes Jahr arbeiten. Nur, um meiner Dokumentationspflicht nachzukommen, was ich jetzt aber zur beliebtesten Koalition sagen möchte, das war nämlich die, die meisten Planstellen im Exekutivbereich eingespart hat damals, wenn man sich recht erinnert. Und die auch die Zollwache zugekehrt hat. Das möchte ich jetzt auch bemerken. Und was ich ausdrücklich erwähnen muss, immer wenn die Polizei im Gespräch ist, die sind natürlich in der Öffentlichkeit und arbeiten vorne, wir arbeiten hinter den Mauern und wir passen auf die Leute auf, die eingesperrt werden. Also bitte vergesst nicht, die Justizwache ausdrücklich zu erwähnen. Die gehört auch zur Exekutive. Dass die Personaldecke bei der Polizei wirklich dünn ist, merkt man unter anderem auch daran, oder hat man gemerkt im Februar, da sogar der Bürgermeister und der Innenminister bei einer Drogenrazzia im Volksgarten ausgeholfen haben. *(Allgemeines Gelächter und Applaus)*

Also, Hut ab! Hut ab und größten Respekt! Was ich in dem Zusammenhang erwähnen muss, ich habe an dem Wochenende Dienst gehabt...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Alic:

Ja, das kann ich jetzt gar nicht so wirklich beurteilen. Ich habe an dem Wochenende Dienst gehabt im Gefängnis. Es sind ganz viele Leute eingesperrt worden auf einmal und gleich wieder rausgelassen worden, weil sie dann doch nicht so viel eingesteckt gehabt haben. Deswegen, und das betrifft dann den Inhalt unseres Zusatzantrages, den ich jetzt vorlesen werde. Ich weiß nicht, wie das jetzt genau funktioniert. Ich möchte auf jeden Fall eine punktuelle Abstimmung, also die Punkte einzeln abstimmen lassen. Das möchte ich auch beantragen.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Alic:

Weil wir nämlich..., nein von 2 bis 4, da können wir...

Obwohl 2, da ist der 2. Satz sperrig formuliert, aber es ist ja kein Gedicht, Kollege Sip-pel.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Alic:

Und der Punkt 1 ist zu ergebnisoffen, als dass man dem zustimmen könnte. Und es ist auch unserer Meinung und meiner persönlichen Meinung nach das Strafgesetzbuch ausreichend strikt formuliert und auch das SMG wird überarbeitet. Also, ich schätze einmal, da haben wir jetzt keinen Handlungsbedarf. Aber 2 bis 4 haut hin, können wir mittragen. Und ich würde dann noch gerne einen 5. und einen 6. Punkt verlesen, die wir zusätzlich gerne hätten. Also:

5. Der Konsum und Missbrauch von Drogen hat vor allem soziale Ursachen, etwa psychische Erkrankungen, fehlende Zukunftsperspektiven oder mangelnde soziale Netzwerke und gesellschaftliche Isolation. Daher gilt es, in Bezug auf Betreuung und Behandlung von suchterkrankten Menschen verstärkt nach dem Grundsatz „Helfen statt strafen“ zu handeln. Das beinhaltet die ausreichende finanzielle Ausstattung von Suchtbetreuungseinrichtungen sowie psychotherapeutische und soziale Unterstützung von suchtkranken Menschen.

Und 6., weil auch das könnte Staatsanwaltschaft und das Gericht entlasten:

Immer mehr Staaten gehen zur Praxis über, Cannabis zu entkriminalisieren. Die Entkriminalisierung von Cannabis würde zur Entlastung für Behörden beitragen. Es sollte daher überprüft werden, ob auch Österreich dieser internationalen Entwicklung folgen kann.

Punktlandung, oder? Und ich ersuche um... (*Applaus*)

GR Alic stellt namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Zusatzantrag:

Der Antragstext ist um die folgenden Punkte zu ergänzen:

- 5. Der Konsum und Missbrauch von Drogen hat vor allem soziale Ursachen, etwa psychische Erkrankungen, fehlende Zukunftsperspektiven oder mangelnde soziale Netzwerke und gesellschaftliche Isolation. Daher gilt es in Bezug auf Betreuung und Behandlung von suchterkrankten Menschen verstärkt nach dem Grundsatz „Helfen statt strafen“ zu handeln. Das beinhaltet die ausreichende finanzielle Ausstattung von Suchtbetreuungseinrichtungen sowie psychotherapeutische und soziale Unterstützung von suchtkranken Menschen.*
- 6. Immer mehr Staaten gehen zur Praxis über, Cannabis zu entkriminalisieren. Die Entkriminalisierung von Cannabis würde zur Entlastung der Behörden beitragen. Es sollte daher überprüft werden, ob auch Österreich dieser internationalen Entwicklung folgen kann.*

Stadtrat Dr. Riegler:

Sie hätten noch eine Minute.

Gemeinderat Alic:

Danke.

Stadtrat Dr. Riegler:

Sie haben es erledigt, gut. Dankeschön.

F.2.2) Zusatz-Antrag von GR Ehmann (SPÖ) zum dringlichen Antrag betreffend Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität

Stadtrat Dr. Riegler:

Dann darf ich bitte um Wortmeldungen ersuchen. Und da habe ich schon wieder Herrn Gemeinderat Ehmann.

Zwischenruf: Wieder.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, schon wieder. So ist es. Gut, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag selbst, ich glaube es wurde ja auch gut vom Kollegen jetzt schon im Vorfeld seitens der KPÖ ausgeführt, was die gesetzlichen Rahmenbedingungen bedeuten. Ich erinnere daran, dass wir erst eine Novellierung dessen gehabt haben, wo die Werkzeuge gegenüber bzw. für die Arbeit der Exekutive eigentlich ergänzt wurden, adaptiert wurden, verändert wurden, praktikabler gemacht wurden, weil es eben Probleme in diesem Bereich gegeben hat.

Und jetzt, so höre ich auch aus der Exekutive selbst, dass wir hier mit diesen Maßnahmen, so wie sie jetzt getroffen worden sind, das Auslangen finden. Ich bin froh über die punktuelle Abstimmung. Denn zu den Punkten 2., also für eine entsprechende Aufstockung des Personals im Staatsanwaltschaftsbereich, Gerichtsbarkeitsbereich usw., sind wir selbstverständlich auch. Auch für den Punkt 3., dass die Polizeikräfte adäquat aufgestockt werden müssen. Beachtlich finde ich es nur, dass dieser Antrag hier heute eingebracht wird, insofern seitens einer möglichen, hoffentlich verhinderbaren, aber möglichen Koalitionsvariante auf Bundesebene. Denn genau, vielleicht tut ihr heut Buße mit dem Antrag, weil genau Schwarz-Blau bzw. die ÖVP in dem, es war aber die alte ÖVP, sage ich auch dazu, weil damals war es noch die alte, jetzt ist es die neue. Oder die Liste, oder wie auch immer.

Aber zum damaligen Zeitpunkt hat die Innenministerin Mikl-Leitner, ich erinnere daran, im Jahr 2014 alleine in der Steiermark von 149 Dienststellen 23 reduziert bzw. zusammengelegt. Das heißt, es hat eine Reduktion, eine starke Reduktion damals schon gegeben, wo wir gesagt haben, das muss man sich wirklich gut überlegen, weil eben zu wenig Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen sind. Heute konnten wir das ja in der Kleinen Zeitung noch einmal sehen. Und alleine im Bereich der Stadt Graz, mit den Planstellen, wo 136 fehlen, die Planstelle ist das Soll. Dienstbarer Stand ist das, was da ist. Da sind die 644 von den 780, die sein sollten.

Das heißt, hier gibt es hohen Bedarf. Deswegen selbstverständlich werden wir hier auch zustimmen. Aber natürlich für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Prävention sind wir auch, aber, um das noch ein bisschen genauer auszuführen, haben wir einen Zusatzantrag, den ich hier einbringen möchte. Und zwar mit dem Punkt 5., den ich ergänzen möchte. Und zwar: Die Drogensucht und -kriminalität müssen differenziert behandelt werden. Drogenabhängige Menschen sind in erster Linie krank und brauchen die Hilfe der Gesellschaft, um von ihrer Sucht wieder loszukommen. Für die Verbesserung bzw. Ausweitung unterstützender Maßnahmen für den Ausstieg aus der Sucht, wie etwa für den Ausbau des therapeutischen und stationären Angebotes, ist ebenso die Bereitstellung von Bundesmitteln anzustreben wie für Stärkungen der Hilfen für Angehörige und da speziell für die Eltern von Abhängigen.

Auch die Sozialarbeit, Streetwork, usw. darf nicht vergessen werden. Insofern, glaube ich, können wir dem Antrag oder auch alle, hoffentlich, dem Antrag Folge leisten, dem Zusatzantrag, und zustimmen. Danke. (*Applaus*)

*GR Ehmann stellt namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Zusatzantrag**: 5. Drogensucht und -kriminalität müssen differenziert behandelt werden: Drogenabhängige Menschen sind in erster Linie krank und brauchen die Hilfe der Gesellschaft, um von ihrer Sucht wieder loszukommen. Für die Verbesserung bzw. Ausweitung unterstützender Maßnahmen für den Ausstieg aus der Sucht, wie etwa für den Ausbau des therapeutischen und stationären Angebotes, ist ebenso die Bereitstellung von Bundesmitteln anzustreben wie für Stärkungen der Hilfen für Angehörige und da speziell für die Eltern von Abhängigen.*

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Gemeinderat Ehmann für Ihre Worte und den Zusatzantrag.

F.2.3) Abänderungs-Antrag von GRⁱⁿ Wutte, MA (Grüne) zum dringlichen Antrag betreffend Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Drogen- und Suchtmittelkriminalität

Stadtrat Dr. Riegler:

Weitere Wortmeldungen? Und da ist schon eine, und zwar Frau Gemeinderätin Manuela Wutte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstmal möchte ich sagen, ich freue mich sehr, dass ihr, liebe FPÖ, zumindest auf dem Papier einen einigermaßen fachlichen Antrag einbringt. Also, die Wortmeldung war dann eher wieder ein Rundum-Schlag, was ich einfach nicht nötig finde, weil wir ja doch hier eine inhaltliche und sachliche Debatte miteinander führen wollen, hoffentlich. Zum Inhaltlichen: ...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

Zum Inhaltlichen: Wie, glaube ich, der Michi Ehmann jetzt auch ausgeführt hat, ist seit einem Jahr bereits eine Novelle des Suchtmittel-Gesetzes in Kraft und durch diese Novelle wird eben das Dealen im öffentlichen Raum mit bis zu 2 Jahren Haft belegt. Deswegen braucht es aus unserer Sicht keine Novellierung des Strafgesetzes. Weil das eben gerade passiert ist, ja. Wir sind aber eurer Meinung, dass es wirklich dringend nötig ist, die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Gericht, vor allem in den Städten mit ausreichenden personellen Ressourcen auszustatten und dass hier Handlungsbedarf besteht. Zusätzlich dazu brauchen wir aber natürlich auch umfassende Informations- und Präventionsarbeit zum Thema Sucht, wie ihr auch ausführt in eurem Antrag.

Da sind einerseits wir als Stadt gefordert. Andererseits brauchen wir natürlich auch die Unterstützung des Landes, des Bundes und der Sozialversicherungsträger. Kurz verweisen möchte ich auch auf den im Gemeinderat diskutierten und beschlossenen Bericht der Stadt Graz über Strategien für eine wirksame Suchtpolitik, der einfach auch eine wissenschaftlich fundierte Grundlage zum Umgang mit Sucht liefert. Weil es jetzt auch ganz stark um die Verbindung von Kriminalisierung und Sucht geht.

Ich habe selber lange im Suchtbereich gearbeitet und es gibt wirklich sehr viele wissenschaftliche Abhandlungen dafür, dass es einfach der falsche Weg ist, süchtige Menschen pauschal in das kriminelle Eck zu stellen.

Deswegen stelle ich namens der Grünen folgenden Abänderungsantrag:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu einer langfristigen Absicherung und dem Ausbau von Präventionsangeboten und Suchthilfeeinrichtungen, hier insbesondere der Interdisziplinären Kontakt- und Anlaufstelle. Auch die mobile Sozialarbeit und das Streetwork werden verstärkt gefördert.

Der 2. Punkt ist jetzt an euren Antrag angelehnt.

In österreichischen Städten und Gemeinden wird die Forderung nach Aufstockung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, aber auch die Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung von Präventions- und Suchthilfeangeboten durch Bund und Sozialversicherungsträger eingebracht. (*Applaus*)

*Gemeinderätin Wutte stellt daher namens der Grünen folgenden **Abänderungsantrag**:*

1. *Die Stadt Graz bekennt sich zu einer langfristigen Absicherung und dem Ausbau von Präventionsangeboten und Suchthilfeeinrichtungen, hier insbesondere der Interdisziplinären Kontakt- und Anlaufstelle. Auch die mobile Sozialarbeit und das Streetwork werden verstärkt gefördert.*
2. *In den österreichischen Städten und Gemeinden wird die Forderung nach Aufstockung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, aber auch die Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung von Präventions- und Suchthilfeangeboten durch Bund und Sozialversicherungsträger eingebracht.*

Stadtrat Dr. Riegler:

Dankeschön, Frau Gemeinderätin Wutte. Wer möchte sich noch zu Wort melden? Niemand? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag.

Zwischenruf: Schlusswort

Stadtrat Dr. Riegler:

Ach so, Moment. Entschuldigung. Klubobmann Sippel, Schlusswort.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Nein, ich möchte nur danke sagen einmal für die sich abzeichnende breite Zustimmung zu dem Thema. Ich kann wirklich alle nur einladen, schauen wir uns das gemeinsam an im Grazer Stadtpark, die Zustände dort. Das ist ja nicht etwas, was ich jetzt erfunden habe, sondern es sind Realitäten. Ich kann das wirklich nur empfehlen, also es schockt einen wirklich. Und anscheinend reichen die Maßnahmen, die es bisher gibt, nicht aus, dass sich die Situation in den Grazer Parks, insbesondere im Stadtpark, bessert. Oder zumindest wird sie halt nicht angewandt. Vielleicht reicht sie theoretisch aus, aber praktisch wird sie nicht angewandt. Da sind wir wieder bei dem Thema Personal. Also, das heißt, es ist Handlungsbedarf. Und um das geht es.

Ich habe versucht, sachlich zu bleiben, meiner Meinung nach bin ich es auch geblieben. Ich verstehe nicht, warum es so schwer ist für die KPÖ und auch die Grünen, selbiges zu tun. Dass man dort immer sofort ableitet in die Ideologie. Dass man dann daherkommt jetzt bei dieser Frage mit Cannabis-Legalisierung, mit Helfen statt Strafen. Ich glaube, entscheidend ist, dass man Mechanismen finden, dass das sich bessert. Und ich glaube nicht, dass sich das bessert, wenn man die Dealer nicht mehr straft. Weil, naja, das implementiert das ja, dass man da wegkommen soll von den Strafen, dass man am besten alles legalisiert, denn...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Wie ist Helfen statt Strafen sonst zu verstehen? Ich meine, ich weiß schon, der Konsument, da kann man lange darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist, dass man Konsum jetzt völlig legalisiert. Und zwar von allen Substanzen. Ich bin der Meinung, und da höre ich ja auch die Exekutive, und auf die sollten wir hören, weil die sind die, die tagtäglich mit diesen Problemen auch zu tun haben. Und die sollten wir hören, nicht immer da nur im gemachten Nest, im Elfenbein-Turm diskutieren, sondern die auch hören, die mit dieser Realität, mit dieser harten Realität, konfrontiert sind. Und die sagen, das wäre ein Denkansatz, den auch einmal die Legislative ja ansetzen sollte und vielleicht dann auch umsetzen sollte.

Also, das heißt, nicht so weit von der Praxis sich immer wegbewegen und ich glaube, dann wären wir auf einem guten Weg. Und der Horst Alic hat das so angedeutet. Die Gefängnisse sind voll. Du wirst mir auch sicher sagen, ja, wieviel Prozent der Inhaftierten Ausländer sind? Ja, es sind mehr als fünfzig Prozent. Und bei den Drogendelikten sind sie dann noch einmal um einiges mehr. Und ich glaube, das ist der falsche Ansatz, so wie du das geschildert hast, dass man die dann inhaftiert und am nächsten Tag gleich wieder freigehen. Weil, das demotiviert ja dann beispielsweise auch die Exekutive.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Weil, das hat damit zu tun, dass wir eine zu laxe Gesetzesauslegung haben. Und wir müssen auch realisieren und festhalten, dass, ich schätze einmal, 80 % der Dealer Ausländer sind. Afghanen in erster Linie im Grazer Stadtpark. Also, da sind 7 Afghanen-Gruppen, die ich dort gesehen habe, oder sind es Iraner oder Tschetschenen, auf jeden Fall eindeutig.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Und das ist halt auch etwas...

Allgemeines Gelächter

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Etwas, eindeutig Ausländer. Was ist da so witzig? Also, ich finde das eher traurig, dass diejenigen, die da unser Gastrecht auch missbrauchen, dann da auch wieder auf freien Fuß, maximal angezeigt werden. Also, ich glaube, wir sollten da die ganze Sache ernst nehmen und einfach eine Materie, eine Gesetzesmaterie schaffen, die uns allen, und vor allem unserer Exekutive, es ermöglicht, da wirkungsvoll vorzugehen. Also, das wäre das Anliegen mit diesem Antrag. Und ich bin überzeugt davon, dass uns das mit immer wieder Aufschreien gelingen wird. (*Applaus*)

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Klubobmann Sippel für das Schlusswort. Wir kommen damit zunächst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der Grünen, Frau Gemeinderätin Manuela Wutte. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Ist hiermit abgelehnt. Damit kommen wir zur Abstimmung über den...

Zwischenruf: Gegenprobe

Stadtrat Dr. Riegler:

Oder bitte Gegenprobe. Ja. Gegenprobe.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Dr. Riegler:

Ok. 25 Stimmen dagegen. Das heißt, der Abänderungsantrag findet keine Mehrheit.
Der Abänderungsantrag von GRⁱⁿ Wutte, MA wurde gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos abgelehnt.

So. Damit kommen wir zum Hauptantrag und beim Hauptantrag steht der Wunsch auf getrennte Abstimmung. Muss ich das abstimmen lassen, Herr Polz, oder?

Ok. Ist jemand gegen die Abstimmung in den einzelnen Punkten? Niemand dagegen. Das heißt, wir können also punktweise abstimmen.

Punkt 1: besteht die dringende Notwendigkeit einer Strafgesetznovelle

Wer ist für diesen Antrag, dem Städtebund und dem Gemeindebund eine solche Strafgesetznovelle vorzuschlagen? Das ist eindeutig die Mehrheit.

Punkt 1 des dringlichen Antrages von GR KO Sippel wurde mehrheitlich gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos angenommen.

Der 2. Punkt ist: Eine entsprechende Aufstockung des Personals

Wer ist dafür? Überwältigende Mehrheit.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Dr. Riegler:

Ah, Gegenprobe! Ist jemand gegen diese Aufstockung des Personals? Das ist nicht der Fall. Damit haben wir hier sogar eine einstimmige Forderung an alle möglichen Stellen.

Punkt 2 des dringlichen Antrages von GR KO Sippel wurde einstimmig angenommen.

Der 3. Punkt ist, dass die Polizeikräfte in den urbanen Ballungsräumen aufgabenadäquat aufgestockt und dauerhaft stationiert werden sollen.

Ich erwarte eine einstimmige Mehrheit. Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ok. Das heißt, hier haben wir eine Einstimmigkeit auch in diesem Punkt.

Punkt 3 des dringlichen Antrages von GR KO Sippel wurde einstimmig angenommen.

Und der 4. Punkt wäre: Bereitstellung ausreichender Mittel zur Prävention und Aufklärung.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ebenfalls einstimmig angenommen. Der Gemeinderat spricht sich also für diese Anliegen aus.

Punkt 4 des dringlichen Antrages von GR KO Sippel wurde einstimmig angenommen.

Und jetzt kommen wir zu den Zusatzanträgen. Da haben wir zunächst den Zusatzantrag von Gemeinderat Horst Alic. Den er ja sehr ausführlich auch erläutert hat und ich darf daher bitten, zum *Punkt 5: Konsum und Missbrauch von Drogen hat vor allem soziale Ursachen*, abzustimmen. Wer für diesen Zusatzantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. So, das ist jetzt: 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 19. 19 dafür. Gegenprobe. Das ist abgelehnt. Damit ist der Punkt 5. des Zusatzantrages abgelehnt.

Punkt 5. des Zusatzantrages von GR Alic wurde mehrheitlich gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos abgelehnt.

Punkt 6. des Zusatzantrages, bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist. Ja. Und auch da bitte um Gegenprobe. Das ist die Mehrheit. Damit ist der Zusatzantrag abgelehnt von der Gemeinderat Horst Alic.

Punkt 6. des Zusatzantrages von GR Alic wurde mehrheitlich gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos abgelehnt.

Der Zusatzantrag von GR Alic wurde mehrheitlich gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos abgelehnt.

Damit kommen wir zum Zusatzantrag vom Gemeinderat Ehmann. Wer für diesen Zusatzantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das schaut nach Mehrheit aus.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand, Gegenprobe. Da ist niemand dagegen. Das heißt, der Zusatzantrag der SPÖ ist also einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR KO Ehmann wurde einstimmig angenommen.

Habe damit die Ehre und Freude, dem Herrn Vizebürgermeister, der soeben erscheint, den Vorsitz zu übergeben. Dankeschön.

Vorsitzwechsel (16.10 Uhr) – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

F.3) Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Anzahl der KFZ-Stellplätze und von ökologischen, sozialen und urbanen Verkehrsfunktionen im öffentlichen Stadtraum (GR KO Dreisiebner, Grüne)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gut. Danke, ich übernehme den Vorsitz und darf Herrn Klubobmann Dreisiebner herausbitten für seinen dringlichen Antrag.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Sehr geehrte ZuseherInnen! Vorab, ich werde keine getrennte Abstimmung meiner fünf Punkte mir selbst wünschen. Und das Zweite, ich möchte mich beim Gemeinderat Topf bedanken. Ich möchte mich ausdrücklich bei Georg Topf bedanken für seine Wortmeldung zu dem dringlichen Antrag von der KPÖ zum Verkehrsverbund.

Georg Topf hat gesagt, dankenswerter Weise, Georg, hast du gesagt, dass eine fachliche Vorbereitung in den Ausschüssen oder in der Ausschussarbeit etwas ist, auf das du großen Wert legst, und es korrekt und zielführend wäre, wenn man ein Projekt angeht, bzw., wenn man mit einer solchen Intention, wie eben Verhandlungspunkten für den Verkehrsverbund, oder in meinem Falle, für Stellplatzpolitik in der Grazer Innenstadt herantreten will, ja.

Bei mir geht es ja darum, dass ohne all diese Vorbereitung Ende August der Herr Bürgermeister und der Herr Vizebürgermeister mit einem Architekten zusammen ein neues Garagenkonzept vorgestellt haben, das sehr breit Resonanz gefunden hat, sehr viel Resonanz und zwar am Eisernen Tor, in Form einer automatisierten Garagierung, soviel zu den technischen Details. Es gibt auf diversen Medien, auch auf graz.at, dementsprechende Features bzw. Renderings und Image-Filmchen und so weiter und so fort. Es ist ja der Enthusiasmus von Herrn Bürgermeister und Herrn Vizebürgermeister verständlich. Dort kann man nämlich im Video lesen, dass Parken als Tourismusmagnet angepriesen wird. Parken als Innovation und so weiter und so fort.

Das ist per se, ja, weiß ich nicht, wen das interessiert. Für mich, für uns, ist es eher rückwärtsgewandt. Die Verkehrspolitik, die Stadtplanungspolitik der 1970er Jahre kommt da für mich sehr stark zum Ausdruck und für uns sehr stark zum Ausdruck. Das heißt jetzt nicht, dass wir grundsätzlich öffentliche Tiefgaragen an geeigneten Standorten ablehnen würden. Das heißt nicht, dass wir uns gegen eine AnwohnerInnen-Garage, wie vor vielen Jahren schon diskutiert, dann leider wieder verschwunden.

Im Bereich Herz-Jesu, wo ein ganz hoher Parkdruck ist, der auch steigen wird, wenn man die Variobahn über die Sparbersbachgasse und die Schillerstraße führen möchte, bestimmt Sinn machen könnte. Der ja vielleicht auch gut wäre, an einem Platz, wo große Veranstaltungen stattfinden, wie Stadion Liebenau nebenbei als Park & Ride zu nutzen. Ja, vielleicht auch in anderen Situationen, wo man Park & Ride aufgrund mangelnder Raumflächen oder der Absicht, nicht in die Höhe bauen zu wollen, dann eben mit diesen wie hat das geheißen, Bienenstock-Garagensystem, automatisierten System, der Lift usw., durchziehen. Das wäre alles eine Möglichkeit, über die man diskutieren kann.

Was hier fehlt, Georg Topf, danke, was hier wirklich fehlt, ist eine Überprüfung der Grundlagen. Die Bedarfs- und Standortprüfung ist nicht da, auch heute nachzulesen gewesen in der Kleinen Zeitung, dass die MitarbeiterInnen der Verkehrsplanung das so nicht unterstützen können, vor allem nicht am Standort Eisernes Tor bzw. im innenstadtnahen Bereich. Das ist auch unser Standpunkt.

Desweiteren ist unser Standpunkt, dass wir, wie gesagt, Tiefgaragen in gewissen Situationen befürworten können. Aber dafür Ausgleichsmaßnahmen im öffentlichen Raum, Straßenbereich setzen möchten. Stichwort: Zum Schaffen von Aufenthaltsflächen, zum Schaffen von Baumstandorten, zum Schaffen von Möglichkeiten für Fahrradfahrerinnen und manchmal für Fußgängerinnen. Nutzungen, die einfach für die Menschen da sind, die den Wohlfühlfaktor in der Stadt erhöhen, die, die Mobilität auch für Leute, die nicht mit dem Auto fahren, verbessern und die dem Stadtklima guttun. Wir haben urbane Hitze-Insel-Phänomene in den Städten, die werden immer ärger gerade in den dicht verbauten Teilen, auch von Graz, ist das zu beobachten.

Wenn man tagsüber, oder auch nachts insbesondere, zum Beispiel von Andritz in die Innenstadt oder umgekehrt, von Mariatrost in die Innenstadt oder umgekehrt sich bewegt, im August, im Juli, so es eben diese Hitze-Tage und Hitze-Nächte gegeben hat, dann ist das etwas, was man auch spürt, ohne ein Thermometer mitzubringen. Es ist etwas, was Menschen belastet. Gerade weil es in der Nacht nur auf 27, 24 Grad und nicht tiefer heruntergeht. Das ist für ältere Menschen gesundheitsgefährdend, für arbeitende Menschen etwas, was Ihnen nicht unbedingt mehr Kraft, mehr Power und mehr Freude an ihrem Leben gibt.

Graz leidet bekanntermaßen an einer ganz schwierigen, an einer desaströsen Luftsituation. Feinstaub NO_x. Wir haben diese Hitze-Insel-Phänomene, wir haben eine zunehmende Versiegelung durch Verdichtung und wir haben viele, viele, viele verdichtete, versiegelte Verkehrsflächen, Parkflächen, Fahrspuren, etc., etc. Da hier den Ausgleich zu schaffen 1:1, das wäre unser Ziel. Wenn ich am Eisernen Tor-Platz 600 Stellflächen schaffe...

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte zum Antrag kommen.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja. Und nur vier Fahrbewegungen pro Stellplatz, pro Tag rechne, heißt das, dass die halbe Stadt eine massive Mehrbelastung erfährt. Das sind beinahe 5.000 Fahrbewegungen. Habt ihr euch das auch schon überlegt, wie ihr das tolle Projekt Ende August präsentiert habt?

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Das belastet von Osten, von Süden, von Westen vom Griesplatz, von...

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Den Antrag bitte!

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...und so weiter und so fort, die Menschen, die dort wohnen, die anders mobil sein wollen. Ich komme jetzt zum Antrag, Herr Bürgermeister-Stellvertreter, den ich im Einzelnen nur ganz kurz anreißen werde, weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihn bestimmt ja auch schon gelesen haben.

1. Bekennt sich die Stadt Graz, zu den Zielen im Mobilitätskonzept 2020, den Anteil Fußgänger, ÖV-NutzerInnen, RadfahrerInnen zu erhöhen, den motorisierten Fahrverkehr zu reduzieren.

Stadträtin Kahr wird beauftragt, diese Erhebung der Auslastung der Stellplätze bzw. Eignung von Tiefgaragen-Standorten zu prüfen.

Der Gemeinderat bekennt sich dazu, 3. Punkt, in zentrumsnahen Bereichen bei Beschaffung neuer öffentlicher Tiefgaragen im Gegenzug dieselbe Stellplatzanzahl zu verringern und dementsprechend zu entsiegeln, zu begrünen.

4. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, dazu entsprechende Empfehlungen zu entwickeln und

5. über die Ergebnisse ist dem Ausschuss für Verkehr, Stadtplanung sowie dem Gemeinderat zu berichten.

Ich ersuche um Annahme. (*Applaus*)

*Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner stellt namens der Grünen - ALG folgenden **Dringlichkeitsantrag:***

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich ausdrücklich zu den im Mobilitätskonzept 2020 formulierten Zielen, insbesondere zum Ziel, den Anteil von FußgängerInnen, ÖV-NutzerInnen und RadfahrerInnen zu erhöhen sowie den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren.*
2. *Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr sowie die zuständige Abteilung für Verkehrsplanung mit einer Erhebung der Auslastung der Stellplätze in den bestehenden Tiefgaragen im Grazer Stadtgebiet. Auf Grundlage dieser Daten und entlang der beschlossenen verkehrspolitischen Zielsetzungen der Stadt Graz soll die Abteilung für Verkehrsplanung prüfen, ob und wo tatsächlich neue Tiefgaragenprojekte sinnvoll sind.*
3. *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass insbesondere in zentrumsnahen Bereichen bei der Neuschaffung von öffentlichen Tiefgaragenplätzen im Gegenzug dieselbe Zahl von Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum alternativen Nutzungen zugeführt wird. Wie im Motiventext ausgeführt, soll dabei in erster Linie auf Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Verbesserung der Fahrrad- und FußgängerInnen-Infrastruktur abgezielt werden.*
4. *Die zuständigen Abteilungen für Verkehrsplanung, Stadtplanung und Grünraum werden beauftragt, dazu entsprechende Empfehlungen zu entwickeln.*
5. *Über die Ergebnisse der Erhebung bzw. über die erarbeiteten Empfehlungen ist dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Jänner 2018 Bericht zu erstatten.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Herr Gemeinderat, bitte.

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Karl! Auch wir von der SPÖ waren von der Ankündigung des geplanten Baus von zwei Tiefgaragen im Bereich des Eisernen Tores, was wir aus den Medien erfahren haben, sehr überrascht. Ich meine, diese Bauweise ist ja höchst interessant und hat ja auch einen extremen Charme.

Man hat sie ja auch schon bewundern können in einem Blockbuster aus Hollywood. Also es hat schon etwas für sich. Jedoch ist der geplante Ort, nämlich die Innenstadt, als höchst problematisch zu sehen, und aus unserer Sicht auch völlig verfehlt. Eine solche smarte Parklösung würde ja viel eher zu einer Smart-City passen oder vielleicht auch in den Reininghaus-Gründen sinnvoll sein. Am Eisernen Tor ist durch dieses Projekt sicherlich ein höheres Verkehrsaufkommen vorprogrammiert und auch die Staus sehr wahrscheinlich, oder höchstwahrscheinlich.

Selbst Experten von der Grazer Verkehrsplanung, hat man heute lesen können, haben dem Vorhaben schon im Vorfeld eine Absage erteilt. Und abgesehen von den verkehrspolitischen Zielen, die sich der Gemeinderat, da ja selber gegeben hat und zwar eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und abgesehen von den gesundheitlichen Schäden, also sprich Feinstaub und NO_x. Ich meine, da wird ja die Gondel auf den Plabutsch ja interessant, dass man dem Feinstaub entfliehen kann, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat. Fühlt man sich wirklich zurückversetzt, in die 70er Jahre, wo man ohne Rücksicht auf das Stadtbild die Innenstadtaktionen gesetzt hat.

Und wir sind darüber hinaus der Meinung, dass dieses Projekt eine derart starke Veränderung des Innenstadtbildes mit sich bringt, und dass man dazu unbedingt die Grazerinnen und Grazer befragen muss, ob sie auch so das überhaupt wollen. Ein Tiefgaragenprojekt mitten in der Innenstadt. Darum werden wir auch von unserer Fraktion hierzu eine Volksbefragung fordern, denn unserer Meinung nach kommt dieser Bienenstock, hinsichtlich des Standortes, eigentlich aus der Mottenkiste und wir werden diesen Antrag natürlich inhaltlich selbstverständlich unterstützen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Gemeinderat Eber.

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Antragsteller, lieber Karl! Ich darf ganz kurz, vielleicht aus unserer Sicht, zu ein paar Punkten im Zusammenhang mit der Tiefgarage am Eisernen Tor, da auch in diesem Zusammenhang mit dem dringlichen Antrag Stellung nehmen. Zunächst einmal, es ist vieles eh schon in den Medien gestanden. Es ist vieles heute natürlich auch schon gesagt worden. Aber erstens möchte ich schon auch festhalten, noch einmal sozusagen: Eine Tiefgarage an diesem Ort, an dieser zentralen Stelle in der Stadt Graz, widerspricht einfach allen politischen, verkehrspolitischen Zielen der Stadt, die ja alle in die Richtung abzielen, den motorisierten Individualverkehr letztlich zu reduzieren und im Modal-Split, also den öffentlichen Verkehr, den Fahrradverkehr auszubauen und den Fußgeher-Anteil in etwa zu stabilisieren.

Im Sinne der verkehrspolitischen Zielsetzungen wäre diese oder eine zentrale oder zentrumsnahe Garage allenfalls dann, wenn man sich dazu entschließen würde, zugleich, die in etwa gleich große, oder zumindest gleich große Anzahl an oberirdischen Stellplätzen zu reduzieren und sozusagen die oberirdischen Stellplätze in die Tiefgarage hinunter zu verlegen. Dann könnten die frei gewordenen Flächen natürlich anderweitig benutzt werden, hat heute ja da auch schon einen Antrag oder eine Anfrage dazu gegeben, könnten natürlich auch genutzt werden, um bessere Bedingungen, ich bin schon fast am Ende meiner Rede, bessere Bedingungen für Fußgeher und Radverkehr zu bringen, indem man beispielsweise am Joanneumring dort einen Radweg ausbaut. Grundsätzlich muss man natürlich auch sich überlegen, was steckt denn eigentlich hinter dieser Idee? Welche Interessen stecken hinter dieser Idee? Und da gilt es schon noch einiges auch zu hinterfragen.

Grundsätzlich muss jedenfalls auch die Leistungsfähigkeit des umliegenden Gebietes, der umliegenden Straßen angeschaut und beurteilt werden. Denn eine derartige Garage, so wie sie uns mehr oder weniger präsentiert oder zur Kenntnis gebracht wurde, hat natürlich eine sehr beschränkte Leistungsfähigkeit, wenn es darum geht, in kurzer Zeit möglichst viele Ein- oder Ausparkvorgänge vorzunehmen. Also das bedeutet, wenn eine größere Veranstaltung in der Innenstadt ist, dann würde das natürlich bedeuten, dass mehr oder weniger gleichzeitig hunderte Autos da einfahren wollen und das würde natürlich unweigerlich zu größeren Staus in den umliegenden Straßen führen. Aufgrund der Zeit schließe ich meine Wortmeldung. Danke für den Antrag und dem wir sicherlich natürlich gerne zustimmen werden. Dankeschön. (*Applaus*)

Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Mag. Nagl. übernimmt um 16:25 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Ich übernehme wieder den Vorsitz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann darf ich mich auch gleich persönlich zum Garagenthema auch zu Wort melden. Meine geschätzten Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat auch beschlossen, dass ich auch Wirtschaftsreferent dieser Stadt sein darf als Stadtsenatsmitglied. Und es ist mir ganz, ganz wichtig, die Bedeutung von Garagenplätzen, von Abstellplätzen und damit auch von der Erreichbarkeit von Einkaufsstandorten zu untermauern. Wir haben oft die Debatte, ob es denn eine Chance gibt, ob eine Altstadt überlebt oder nicht. Wir müssen große Anstrengungen machen, damit wir in diversen Einkaufsstraßen, die sich immer mehr dem Zentrum nähern, nicht zugeklebte Schaufenster haben, wo wir mit Mietmodellen versuchen, das Ganze auch zu beleben und es ist eindeutig so, dass auch bei gehobener Ware, und das ist auch eine Chance für den Innenstadthandel, nach wie vor ein Großteil der Kundinnen und Kunden mit dem Auto kommen möchte und mit dem Auto kommt.

Wir haben einen Garagenring in Graz und es gibt sehr oft das Wort, „wenn wir Stellplätze zulassen, ziehen wir Verkehr an“. Ich möchte sehr, sehr deutlich sagen, dass es uns auch in den letzten Jahren gelungen ist, den Garagenring für die Innenstadt stets zu verstärken und wir sollten auch nicht aufhören damit. Wir haben eine Garage unter dem Opernring erweitert. Wir haben eine Kunsthaus-Garage, eine Kastner-Garage zugelassen, auch die am Freiheitsplatz ist uns gelungen.

Und jetzt kommt ein Grazer Architektenteam, es geht nicht nur um den Architekten Guido Strohecker, sondern um eine Reihe von Architekten und Kreativen und innovativen Menschen unserer Stadt, die eine Weltneuheit eigentlich uns präsentieren wollen und sie in Graz umsetzen wollen. Und darüber habe nicht nur ich mich sehr gefreut, sondern auch der Herr Vizebürgermeister.

Wir haben das in unseren Fraktionen auch besprochen. Und haben gesagt, wir wollen die umsetzen, wir wollen so etwas zusammenbringen, haben auch die Verkehrsreferentin eingeladen, dabei zu sein, wenn wir das präsentieren, sehr wohl mit ihren Worten, wo es geheißen hat: Ja, das müssen wir uns aber schon anschauen, habe ich gesagt: Nein, selbstverständlich muss man sich das anschauen, weil wir haben dort eine Busspur, man wird das verkehrstechnisch zu überprüfen haben. Ich war heute dann ein bisschen erstaunt, dass trotz der Tatsache, dass der Herr Baudirektor den Auftrag hatte, mit allen Planungsteams mit Oktober, und der Termin ist ausgemacht worden, mit allen Abteilungen zu sprechen, eine Verkehrsabteilung und der [REDACTED] und eine Mitarbeiterin schon ausgerückt sind, um quasi zu sagen, sowas kommt nicht in Frage.

Das halte ich erstens einmal für einen Schnellschuss, der ordentlich ins Knie geht. Wir werden, und so haben wir es auch ausgemacht, dieses Projekt weiterverfolgen, weil mehrere Innovationen drinstecken und weil es mir unerklärlich ist, dass Mitarbeiter der Stadt und Mitarbeiterinnen der Stadt eine Auskunft in der Form geben, ohne das Projekt jemals auf den Tisch bekommen zu haben.

Weil bislang haben ja fast alle dieses Projekt von Zeitungsmeldungen übernommen und vieles wurde dort vielleicht auch gar nicht noch berichtet. Es geht um die Idee, dass der Architekt Guido Strohecker, der an einem Projekt daneben arbeitet, gemeint hat: Man kann sich das anschauen. Auch die ASVK ist gleich ausgerückt, soweit ich das weiß. Die Vorsitzende hat gesagt, sie kann sich das auch nicht vorstellen. Auch da freue ich mich dann auf ein Gutachten. Aber dieses Projekt wird jetzt angeschaut werden. Mitte Oktober wird es den Termin geben. Da werden alle zuständigen Stellen des Magistrats an dem Projekt mitarbeiten. Durchaus mit dem Kernauftrag, eine solche Innovation zuzulassen. Was ist die Innovation? Die seit 6 Jahren funktionierenden Türme von einem Autohersteller in Deutschland, wo anhand einer Säule in einem sehr platzsparenden Projekt Autos untergebracht werden: Ohne Rampen, ohne Spindeln, ohne große Verkehrsflächen, ohne dass Abgase entstehen, kannst du dein Auto oben in ein Glasgebäude hineinfahren, aussteigen, das Auto verschwindet, wird, wenn ich so sagen darf, wird einsortiert und du kannst es dir später wieder holen.

Der Architekt Guido Strohecker, und das ist mir jetzt ein wesentlicher Punkt, es geht nämlich nicht nur um die Innenstadt-Wirtschaft, es geht auch um das Thema, wer wird noch in Innenstädten wohnen, und da bitte gut zuhören. 12.000 BewohnerInnen hat der erste Bezirk noch gehabt vor einem Jahrzehnt. Wir sind jetzt bei, glaube ich, 3.000 BewohnerInnen oder dreieinhalbtausend BewohnerInnen. Weil es auch damit zu tun hat, dass du hier nicht leben kannst, wenn du von der Mobilität de facto keine Möglichkeit hast, mehr ein Auto abzustellen. Die Innovation bei dem Produkt ist etwas Besonderes, weil in einem solchen versenkten Projekt, das es gibt, in die Erde versenkten Projekt einer Parkgarage, kannst du nicht nur platzsparend umgehen, das ist ein ökologisches Projekt, weil es auch keine Abgase mehr gibt. Das kann auch als Anrainer-Garage dann auch funktionieren. Gibt es ein zweites Grazer Innovationsprojekt, dass diese Autos nämlich kabellos geladen werden können.

Und er hat dazu gesagt, dass er bei dieser ersten Garage gleich 150 Stellplätze für Carsharing mit Elektromobilität anbieten möchte. Das heißt, Menschen, die in der Innenstadt wohnen, brauchen kein Auto mehr. Es ist die Möglichkeit, aufgrund von zusätzlichen Garagenparkplätzen und nicht im Verhältnis 1:1, sondern an wichtigen Stellen. Plätze mit ... (*unverständlich*)

Wie die Grünen heute mit uns schon diskutiert haben, sie würden gerne den einen oder anderen Stellplatz für kurze Zeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern nutzen, dann möchte ich Ihnen sagen, mir wäre es viel lieber, wir würden hunderte Stellplätze und tausende Stellplätze in Graz wieder gar nicht mehr an der Oberfläche brauchen, sondern mit so einem innovativen Konzept auch in der Erde unterbringen.

Das heißt, wir werden dieses Projekt jetzt vorantreiben. Das Einzige, was Investoren bräuchten, und da möchte ich auch gleich dazusagen: Wer immer dann als Investor infrage kommt, zuerst müssen wir auch den Herrn List und das Unternehmen Bruscher Nachfolge, aufgrund der bisherigen Verträge mit einer Abstandregelung einladen, dieses Investment auch zu tätigen. Das haben wir damals vereinbart, wie wir die Opernhausgarage vergrößert haben, haben wir reingeschrieben, wenn im nahen Umfeld, wieder eine Garage errichtet wird, müssen wir sie ihm erst anbieten. Also, die Gespräche sind auch mit dem Herrn List und dieser Nachfolgefirma Bruscher erst zu führen. Ich denke mir, dass das eine Chance ist, dass Parkplatz-Such-Verkehr verringert wird, dass es eine Super-Chance ist, dass wir mit dieser Innovation Menschen in der Innenstadt, die hier wohnen, auch unterschiedliche Autos anzubieten. Ich weiß nicht, ob Sie das Projekt zur Gänze kennen, du kannst auch mittels deines Smartphones dir dein Auto bestellen.

Es wird dir genau angezeigt, in wie vielen Sekunden einer der vier Lifte dir das Auto bringt. In der großen Garage in Deutschland, bei 600 einsortierten Autos, dauert es im Maximalfall 120 Sekunden, bis das Auto auch wirklich da ist. Das heißt, wenn du beim Shoppen auch sagst, ich fahr jetzt heim, drückst du drauf, dein Auto wird hochgebracht und es steht oben, dass in 60 Sekunden oder in 58 Sekunden dein Auto da sein wird. Du steigst ein und fährst wieder weg.

Es ist das Thema von Sicherheit in Garagen auch für Frauen und für Menschen nicht mehr zu diskutieren, weil du gibst es oben an der Oberfläche ab, du hast keine Parkschäden, weil niemand anfahren kann oder die Tür aufreißen kann. Du kannst deine Utensilien in dieser Garage drinnen im Auto liegen lassen, weil es wird dir der Fotoapparat oder Sonstiges wahrscheinlich nicht entwendet werden können, und, und, und. Es gibt also, wenn ich so sagen darf, unheimlich viele tolle Projekte. Wir sind wieder einmal so weit, dass es eine Allianz von Nein-Sagern gibt. Aber auch eine Koalition von Willigen, die auch etwas zusammenbringen wollen. Ich finde das ganz, ganz toll das Projekt, das werden wir uns anschauen. Es werden alle mitreden, aber wir werden, sage ich auch gleich dazu, alles Mögliche tun, um eine solche Tiefgarage in der Innenstadt auch zu verwirklichen.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass das auch für den Griesplatz ein Thema wäre. Sie wissen, die große Garage vom Investment, die hat nie wirklich jemand mittragen wollen, weil der Griesplatz wirtschaftlich wahrscheinlich auch nicht so kräftig ist, wie es die Herrengasse und andere Bereich sind. Aber vielleicht ist das dann auch ein Modell, um am Griesplatz wieder zu mehr wirtschaftlichem Leben zurückzukommen, Anwohner-Garagen auch. Also, ich finde, dass der Architekt Guido Strohecker und seine ganzen Teams, die da mitgearbeitet haben, die Chance verdient haben, dass man nicht gleich schreibt und darüber spricht, dass man das auf keinen Fall zulassen wird.

Und ich sage noch einmal dazu, wenn es ein Interesse von Ihnen gibt, dass die Menschen mit ihrem Auto nicht nur in die Einkaufszentren rausfahren. Wenn die Menschen nicht nur ins Auto steigen und in große Ballungszentren nach Wien und sonst wohin zum Shoppen/Einkaufen fahren. Dort wesentlich mehr Umwelt verpesten. Und es wird immer einen Mix geben aus denen, die mit dem Fahrrad kommen, von den Kunden, die mit der Straßenbahn, Gott sei Dank, auch kommen. Aber es wird auch Menschen geben, die hier wohnen, arbeiten und einkaufen wollen, die mit dem Auto kommen. Und für die sollten wir einfach ein tolles Angebot machen. Und ich finde das einfach großartig.

Vor allem das Car-Sharing-Modell gefällt mir auch sehr, sehr gut, weil du kannst einfach hingehen und dir ein Auto ausborgen, für die Bewohner. Und an das sollten Sie auch denken, wenn Sie jetzt bei dem Stück gleich wieder sagen, das darf letzten Endes alles nicht passieren, oder im dringlichen Antrag auch da geht es um Innovationen. Ich kann nur sagen, liebe grüne Fraktion, mich wundert es nicht, dass in Scharen die Jugend bei euch davonläuft, weil ihr bei kreativen und innovativen Dingen einfach nicht mehr mit dabei seid. Ich habe euch einmal anders kennengelernt, auch in anderer personeller Zusammensetzung. Aber das muss ja richtig weh tun, bei allem jetzt dieser Nein-Sager-Allianz anzugehören. (*Applaus*)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Stadträtin Kahr.

Stadträtin Kahr:

Ich versuche jetzt wirklich, mich geschäftsordnungsmäßig zu halten, weil vorhin, das ist korrekt, da habe ich..., das war nicht ganz zur Geschäftsordnung. Ich muss aber, weil du nicht direkt, aber indirekt, und das kann ich einfach nicht so stehen lassen, die Kollegen vom Verkehrsplanungsamt, also den Abteilungsleiter, den [REDACTED] [REDACTED] und die [REDACTED], die ja namentlich sozusagen in der Zeitung heute auch zitiert worden sind, angesprochen hast und dass du nicht so mitschwingst, als hätten die etwas gemacht, was sie nicht dürfen. Ich bin gestern von der Kleinen Zeitung als Verkehrsstadträtin, die ich in dieser Stadt auch sein darf, so wie du gesagt hast, du darfst Wirtschaftsstadtrat sein, ist ja logisch, dass seit du, wir beide, das in der Öffentlichkeit präsentiert haben, ich tagtäglich zu diesem Thema befragt werde.

Und wie du vielleicht auch erkannt hast, ich mich da auch sehr zurückhaltend geäußert habe, genauso wie ich dir gesagt habe, dass ich mir nämlich das vom Verkehrsplanungsamt und von unseren Fachleuten, und da hat es eine Zwischenmeldung gegeben, schöne Experten, also das würde ich, ist ja wurscht, das sehe ich als dumm an. Aber wenn man unsere Abteilungsleiter im Verkehrsplanungsamt nicht mehr als Experten ansieht, dann hat man irgendwas nicht begriffen. Auf jeden Fall habe ich um eine Stellungnahme gebeten am 7. September, das ist sogar nachlesbar, das weiß auch der Herr Baudirektor, und erst danach ist zu diesem Treffen, von dem du gesprochen hast, der [REDACTED] gebeten worden. Er hat nur etwas gemacht, um was ich ersucht habe, und weil ich gefragt worden bin von der Zeitung, habe ich diese Information auch so weitergegeben. Das war nicht das Amt. Also, ich möchte ganz zurückweisen, dass irgendein Amt oder ein Kollege dort etwas falsch gemacht hätte. Wenn, dann kann man dann mich kritisieren, das halte ich auch aus und zu dem stehe ich auch, dass an diesem Ort die Tiefgarage nicht geeignet ist, sehr wohl, weil du gerade einen anderen Platz gesagt hast, kann man über andere Standorte sprechen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Es ist in der Politik erlaubt, gleich von Haus aus zu sagen, dass der Standort sich nicht eignet. Ich will das überprüft wissen und ich halte es für sehr unprofessionell, wenn ein Abteilungsvorstand und Mitarbeiter, ohne das Projekt wirklich zu kennen, ohne die Unterlagen auf dem Tisch zu haben, eine solche Äußerung abgeben. Dabei bleibe ich. Ich nehme es aber zur Kenntnis, dass du es ja auch provoziert hast. Aber noch einmal: Ich kenne noch nicht alle Details, überprüfe sie auch gar nicht, sondern sage gleich, es geht nicht. Wundert mich bei dir nicht. Im Bereich der Beamtenschaft würde ich mir wünschen, dass wir den Termin abwarten und dann schauen, welche Problemstellungen daraus resultieren.

Es sind zwei solcher Garagen angedacht fürs Eiserne Tor. Die schwierige ist sicherlich die unter dem Brunnen. Da geht es um diese Zufahrtregelung. Das leichtere Projekt wird sicherlich neben dem Pavillon möglich sein, weil da kannst du schon gleich neben der Thalia beim Dorotheum hineinfahren, Girardigasse, hineinfahren. Am Opernring entlang, am ehemaligen Schönaugebäude, jetzt ist, glaube ich, Conti drinnen, und könntest du dort eine Spur machen. Du könntest dort Parkplätze wegnehmen, weil, wenn die Garage dort ist, ist das auch vertretbar und kannst von dort auf alle Fälle diese eine Garage wahrscheinlich verkehrstechnisch machen. Aber das ist jetzt auch nur eine Mutmaßung von mir.

Und ich hätte mir auch von der Verkehrsreferentin, aber auch von der Abteilung erwartet, dass wir das im Detail prüfen und die wirklichen Details bringt der Architekt Guido Strohecker mit Oktober, wird sie auf den Tisch legen. Dann wird es an uns liegen, ob wir als Stadt Graz einen Baurechtsvertrag jemandem auch geben. Und wenn er den hat, kann jeder Investor diese Garage auch errichten und muss dann halt das baubehördlich auch verhandeln. Aber ich denke mir, dass eine dreispurige Straße, die wir jetzt haben, sich auch durchaus eignet, als Garage daneben auch eine Genehmigung zu bekommen. Aber das werden wir alles sehen. Wir starten mit dem Projekt dann ganz offiziell in der Stadt Graz Mitte Oktober. (*Applaus*)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann darf ich um das Schlusswort bitten.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Herr Bürgermeister! Ich weiß, es ist Wahlkampf, Sie müssen polemisch sein. Ich will es nicht.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ich will es nicht. Ich versuche...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ich versuche einfach, auf das alles einzugehen...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...auf das alles einzugehen, was Sie da gesagt haben. Sie beklagen die Schwierigkeiten des Wirtschaftsstandortes bzw. des Innenstadt-Wirtschaftsstandortes und erhoffen sich die Heilung und die Rettung durch zusätzliche Parkplätze. Ich glaube, mittlerweile wissen alle VerkehrsexpertInnen, VerkehrspolitikerInnen, dass Einkaufen/Shoppern mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln passiert. Mittlerweile gibt es auch Erhebungen, wie oft zum Beispiel RadfahrerInnen, FußgängerInnen, Öffi-NutzerInnen einkaufen gehen, und wie selten im Vergleich dazu die NutzerInnen von Fahrzeugen mit Motorantrieb, elektrisch oder Diesel oder Benzin, ist wahrscheinlich wurscht.

Da gibt es unterschiedliche Daten. Da gibt es andere Städte, andere Staaten, wo ganz anders gearbeitet wird. Sie blenden leider auch aus, Herr Bürgermeister, dass die Belastung, die Belastung von immer mehr Autoverkehr etwas ist, was unsere anderen Zonen, unsere Stadtteilzentren, Straßen, die auch über Geschäfte verfügen, noch unattraktiver macht, dass sie eben genau diese zugeklebten Schaufenster haben. Dazu gibt es natürlich neue Entwicklungen im Handel, über das brauchen wir jetzt nicht reden, Internet etc.

Aber, Straßen, und das ist auch eine internationale Erfahrung, ist in anderen Städten so erfahren, die weniger Autoverkehr haben und die Handel, Gastronomie, Dienstleistungen etc. anbieten, sind mittelfristig stärker frequentiert, haben bessere Auslastung als Straßen, die zu viel Autoverkehr haben. Sie beklagen, dass die Innenstadtbewohner-Anzahl, also im 1. Bezirk, von 10.000/12.000 auf 3.500 zurückgegangen ist. Das ist nicht nur der mangelnde Parkplatz. Das sind mannigfache Gründe, und das könnte man natürlich auch erheben, und die Stadt Graz hat solche Dinge auch schon erhoben. Da geht es darum, dass die Wohnungen teurer werden. Da geht es darum, dass Wohnungen in Büro umgenutzt werden, bei Umbauten, bei Sanierungen. Da geht es darum, dass die Events unter Umständen Menschen auch hinaustreiben bzw. ein zu überschwängliches Nachtleben und ähnliches mehr.

Es muss alles miteinander und nebeneinander Platz haben. Bitte nicht falsch verstehen, ja. Aber, dass sich Bevölkerungszahlen nur wegen eines Mangels an Parkplätzen so drastisch verändern, also das, bitteschön, das kann es nicht sein. Carsharing an Punkten, wo man öffentlich gut hinkommt mit dem Fahrrad, gut erreichbar ist, oder ähnliches mehr...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Wie es jetzt eben auch über tim zum Beispiel gemacht wird, das wird von uns ja unterstützt. Aber das in die Innenstadt stellen zu wollen, heißt das jetzt, dass man vom LKH mit dem 7er oder von Geidorf mit dem 1er oder mit dem 7er hineinfährt, um sich ein Carsharing-Auto zu nehmen? Ja, was tun wir denn dann damit? Fahren wir damit nach Seiersberg? Ist das, das Ziel? Weil, in der Innenstadt wäre ich schon gewesen. Aber, die Bewohner...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...die Bewohner, die Bewohner würden sich freuen, wenn sie diese Bewohner-Zonen wieder hätten, die der Herr Verkehrsreferent Eustacchio vor einigen Jahren gestrichen hat. Das war ein Thema für die Bewohnerinnen und Bewohner...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...und das wissen Sie auch von Ihren BezirksratsvertreterInnen in der Inneren Stadt. So, und jetzt dann...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...und jetzt dann noch das Grundsätzliche. Das Grundsätzliche, wir haben...

Unverständliche Zwischenrufe.

Ordnungsruf durch Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte die Redezeit beachten, Herr Dreisiebner!

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, ja. Wir haben hier mit...

Sie haben auch sehr lange geredet, Herr Bürgermeister.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ich weiß schon, ich bin nicht der Bürgermeister, aber ich darf hoffentlich...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...eine kurze Antwort geben.

Zwischenrufe von Unbekannt: Noch nicht.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Noch nicht Bürgermeister, genau.

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich habe mich nur einmal gemeldet, Herr Dreisiebner.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Alles klar. Ich habe mich nie gemeldet, ich bin aufgerufen worden.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Sie sind ja raufgekommen vorher, Sie sind das zweite Mal dran.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

So.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Wir haben die verkehrspolitischen Ziele beschlossen.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Wir haben die verkehrspolitischen Ziele beschlossen im Mobilitätskonzept 2020. Die Reduktion des Autoverkehrsanteils. Wir haben die Probleme, die bekannten. Wir haben dahingehend unsere Prioritäten zu setzen, Herr Bürgermeister. Und es ist nicht richtig, dass Sie das alles prüfen wollen, das ist der erste Punkt. Weil, es gab heute Vormittag einen Irrläufer, wo ganz was anderes dringestanden ist. Einen Abänderungsantrag nämlich, der dann zurückgezogen worden ist, und es ist ein von einem Investor schon quasi vorgesehener oder bedingungsartig eingebrachter Standort. Es ist nicht so, dass das nicht geprüft wird. Finally, last but not least. Aber jetzt einmal: Wir haben hier nichts abgelehnt, Herr Bürgermeister. Sie waren ja nicht immer da. Wir haben einen Abänderungsanschlag, -antrag zu dem...

(Applaus)

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...zu dem gemacht, im Sinne der Menschen, im Sinne aller. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

So. Dann kommen wir zum „Abänderungsanschlag“. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. 25. Dringlicher Antrag ist abgelehnt.

Der Dringliche Antrag von GR KO Dreisiebner wurde mehrheitlich gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos abgelehnt.

F.4) Wohnungsleerstand heben (GRⁱⁿ Ribo, MA, Grüne)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Bedrana Ribo: Wohnungsleerstand heben. Ich darf Sie zum Rednerpult bitten; den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister übergeben.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Thema von meinem Dringlichen ist ein doch sehr bekanntes und auch oft im Gemeinderat diskutiertes: Wohnungsleerstand.

Graz wächst, dies ist eine Tatsache, das wissen wir. Graz wächst ca. um 4.000 bis 6.000 Grazerinnen und Grazer pro Jahr. Das ist natürlich auch eine Herausforderung für den Wohnungsmarkt. Laut dem Wohnungsbericht der Stadt Graz 2016 gibt es rund 170.000 Wohnungen in unserer Stadt und in den letzten Jahren sind es zwischen 1.700 bis 2.700 Wohnungen, sind so viele Wohnungen dazu gekommen. Der städtische Wohnungsbericht beschäftigt sich auch eben mit dem Thema, wie am Anfang schon gesagt, Wohnungsleerstand, das sind Wohnungen, die eben leer stehen, dauerhaft leer stehen und nicht genutzt werden. Der Leerstand, das ist uns auch bekannt, dass es doch nicht so einfach ist, den zu beziffern.

Da sage ich nur als Stichwort: Datenschutz. Also, das ist nicht so unproblematisch, das ist uns klar. Nichtsdestotrotz ist es wichtig für die Wohnungspolitik zu wissen, oder für die Stadt Graz zu wissen, wie viele Wohnungen jetzt wirklich leer stehen und von den Eigentümern nicht genützt werden.

Es gibt zwei Städte, wo es bereits schon Erhebungen gab zu diesem Thema. Wer den Wohnungsbericht gelesen hat, kennt das natürlich. Salzburg und Dornbirn. In Salzburg ist man auf die Zahl 3,8 % gekommen. Wobei man aber da sagen muss, dass es auch, dass man Wohnungen mitberücksichtigt hat, die eben zwischen zwei Vermietungen standen. Und wenn man das dann abzieht, dann kommt man auf den echten Leerstand von 1.700 Wohnungen. Und wenn man das auf die Stadt Graz überträgt, dann bewegen wir uns so zwischen 3.000 und 3.500 Wohnungen in unserer Stadt, die wirklich dauerhaft leer stehen.

Gründe dafür, ich zitiere da ein paar aus dem Wohnungsbericht:

Die Wohnung wird eben für späteren Eigenbedarf freigehalten. Dann gibt es zum Teil Sanierungsbedarf, der nicht durchgeführt werden kann/will, wie auch immer. Dann gibt es natürlich auch WohnungsbesitzerInnen, die schlechte Erfahrungen mit Vermietung gemacht haben und das nicht wieder machen wollen oder natürlich auch ein Grund, Stichwort: Anlegerwohnungen.

Die Aufgabe, im Wohnungsbereich Leerstand zu reduzieren und bisher nicht genutzte Wohnungen wieder in die Vermietung zu bringen, ist nicht einfach, da ist auch eben für die Stadt Graz und für andere Städte gibt es da nicht sehr viele Möglichkeiten. Aber trotzdem gibt es Modelle, wie man wenigstens eben einen Teil verringern kann.

Und der städtische Wohnungsbericht empfiehlt, und diese Empfehlung möchte ich eben in diesem Antrag dem Gemeinderat nahelegen, das Modell zur Mobilisierung von leer stehenden Wohnungen zu erproben, wie bereits gesagt, Stadt Salzburg, Dornbirn haben das gestartet. Im Prinzip geht es darum, dass sich die Stadt als Zwischenstelle einschaltet. Eben von den Wohnungseigentümern die Wohnungen anmietet um 70 % des Marktpreises. Diese dann um 80 % weitervermietet. Und natürlich, was eben als Anreiz für die Vermieter dienen soll, dass die Stadt Graz, oder die Stadt eben, für Mietausfälle und Schäden haftet.

In Salzburg ist dieses Projekt bereits im Gange. Ziel ist es, dass man pro Jahr 100 neue Wohnungen auf den Markt bringt. Das ist absolut sinnvoll und wir würden das auch weiterempfehlen an die Stadt Graz, dass man sich wirklich mit Expertinnen und Experten dazu zusammensetzt und schaut, wie man dieses Modell auf die Stadt Graz adaptieren kann. Daher stelle ich im Namen der Grünen – ALG folgenden Antrag: Der zuständige Wohnungsstadtrat, Herr Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio, wird beauftragt, einen Runden Tisch zum Thema Wohnungsleerstand in Graz einzuberufen und die Empfehlung aus dem städtischen Wohnungsbericht 2016 zur Leerstandsverringering gemeinsam mit ExpertInnen innerhalb und außerhalb des Hauses Graz zu diskutieren. Insbesondere soll die Übertragbarkeit des Modells zur Leerstandsverringering aus Dornbirn und Salzburg und etwaige sinnvolle Adaptierungen diskutiert werden. Über die Ergebnisse ist dem Gemeinderat bis Dezember 2017 Bericht zu erstatten. Ich bitte um Annahme. *(Applaus)*

*Gemeinderätin Ribo, MA, stellt daher im Namen der Grünen – ALG, folgenden **Dringlichen Antrag**: Der zuständige Wohnungsstadtrat, Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio, wird beauftragt, einen Runden Tisch zum Thema Wohnungsleerstand in Graz einzuberufen und die Empfehlung aus dem städtischen Wohnungsbericht 2016 zur Leerstandsverringering gemeinsam mit ExpertInnen innerhalb und außerhalb des Hauses Graz (AutorInnen des Wohnungsberichts 2016, Facheinrichtungen der Wohnungshilfe, ExpertInnen Immobilienmarkt etc.) zu diskutieren. Insbesondere soll die Übertragbarkeit des Modells zur Leerstandsverringering aus Dornbirn bzw. Salzburg und etwaige sinnvolle Adaptierungen diskutiert werden. Über die Ergebnisse ist dem Gemeinderat bis Dezember 2017 Bericht zu erstatten.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Haßler.

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Komm nur, komm nur.

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Nein, ich habe dich als Erster erblickt, du bist dran.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Be-
drana! Ich hoffe, dass du mehr Erfolg hast wie ich, weil du weißt ja, dass ich im Jahr
2015 einen ähnlichen dringlichen Antrag auch mit diesem Vorarlberger Modell, das ich
da auch ein bisschen beschrieben habe, schon eingebracht habe und auch in diversen
Fragestunden danach habe ich Anläufe genommen, in Graz etwas zu bewegen.

Und leider, und da hast du vollkommen Recht, ist dieses Thema immer noch dringlich. Es ist zu vermuten, dass, wie du es richtig gesagt hast, in Graz tausende Wohnungen leer stehen, doch kaum spricht man vom Thema Leerstand, dann ziehen sich die einen oder anderen in ein Schneckenhaus zurück oder es baut sich eine schwarz-blaue Front vor einem auf und mich wundert es schon, wenn der Bürgermeister sich heute da hinstellt und sagt, man soll nicht immer Nein sagen, man muss zuerst einmal zulassen, dass die Fakten auf den Tisch kommen und dann sich ein Bild machen. Das gilt aber offensichtlich nur für Projekte, die er für gut hält und für andere Projekte, wie das Thema Leerstand, scheint das nicht zu gelten, weil es ist nicht einzusehen, warum das in Graz nicht funktionieren soll, wo immer mehr Städte in Österreich sich dieses Themas sehr intensiv annehmen. *(Applaus)*

Weil es immer heißt das Thema Datenschutz, ich glaube, vor wenigen Tagen war im Standard ein Bericht, dass jetzt auch die Stadt Innsbruck eine Erhebung gemacht hat, und zwar über die Kommunalbetriebe in Innsbruck. Und da geht es nicht darum, dass man genau weiß, und da ist eine Wohnung, und dort ist eine Wohnung. Da geht es darum, dass man einmal weiß, über welche Dimensionen man spricht. Und wenn man die Innsbrucker Verhältnisse auf uns umlegt, dann werden wir sogar noch bei weitem höher, wie du es vermutet hast, da könnten wir vielleicht von 9.000 bis 10.000 Wohnungen ausgehen, die da im Leerstand brachliegen und für uns wäre es wichtig, wenn man sich endlich einmal dieses Themas annimmt. Da brauchen wir wirklich nicht wissen, wer und wo das ist, sondern dass man nur eine ungefähre Richtzahl hat, weil es könnten ja auch nur 900 sein, dann brauchen wir uns nicht so große Gedanken machen, weil dann wissen wir, es gibt kein großes Problem in Graz. Und wir könnten das Thema ein für alle Mal vergessen. Ich glaube aber nicht, dass es so ist und ich frage mich, wovor ÖVP und FPÖ Angst haben, dass sie dieses Thema nicht zulassen und dass wir endlich einmal zu einer Zahl kommen, wie es die Kollegin beschrieben hat.

Da geht es nicht darum, jemanden zu bestrafen oder zu besteuern, da geht es darum, intelligente Systeme zu finden, um gewisse leer stehende Wohnungen auf den Markt zu bringen und dadurch eine Verbauung von Grünland vielleicht in Graz zu verhindern. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Gemeinderat Mogel, bitte.

Gemeinderat Mogel:

Liebe Zuhörer! Hoher Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Herr Vizebürgermeister! Unseren Themenstellungen vor der Gemeinderatswahl und auch in der Agenda 22 ist zu entnehmen, dass es uns ein besonderes Anliegen ist, zielgerichtet und dort, wo notwendig, Wohnraum für die ständig wachsende Stadt zu schaffen. Dazu ist selbstverständlich auch angedacht, Anreize zu schaffen, um leer stehende Wohnungen wieder auf den Markt zu bekommen. Aus rechtlichen Gründen, in dem Fall ist es die Gleichbehandlung sämtlicher Marktteilnehmer, ist es allerdings notwendig, vorerst eine valide Leerstandserhebung durchzuführen. Frau Kahr und die KPÖ haben in dieser Frage in den vergangenen 15 Jahren sind Sie in Wahrheit auch an der Türnummern-Problematik gescheitert. Das Amt ist gerade daran, ein Prozedere zu entwickeln, um diese Erhebungen durchführen zu können. Erst dann ist es sinnvoll, an die privaten Wohnungsbesitzer heranzutreten und Anreize und Programme zu entwickeln und zu entwerfen, um weiteren Wohnraum zu generieren, der ja bereits da ist, der schon gebaut ist. Wenn das Ganze so weit ist und wirklich diese flächendeckenden Erhebungen möglich sind, werden wir mit den Daten wieder an den Gemeinderat herantreten. Das heißt, im Augenblick ist der Antrag in der Form natürlich daher nicht dringlich. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Dann bitte ich den Antragsteller, pardon die Antragstellerin, zum Schlusswort.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Danke an die SPÖ. Also, danke dir für deine Wortmeldung. Kann ich auch nur bestätigen. Ich habe mir auch vorher aufgeschrieben, was Herr Bürgermeister gesagt hat zu dieser Nein-Sager-Allianz. Also, da wäre jetzt wirklich die Möglichkeit auch einmal Ja zu sagen. Ich finde es schade, dass wir die Chance nicht nutzen, einigermaßen auf den Wohnungsmarkt einzuwirken. Also von alleine wird sich dieser nicht regulieren und da sehe ich das schon in unserer Verantwortung, oder in der Verantwortung der Regierung, da auch entgegenzusteuern. Also, die ÖVP hat sich nicht einmal zu Wort gemeldet. Entweder habt ihr zu diesem Thema nichts zu sagen, oder dieses Thema ist euch nicht wichtig genug, ich weiß es nicht. Überrascht mich eigentlich nicht wirklich. Ihr unterstützt Menschen, die sich zum Teil Eigenheim leisten können, die, die es nicht können, die bleiben dann auf der Strecke. Ja.

Unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderat Stöckler.

(Applaus)

Gemeinderätin Ribo, MA:

Wie sich die Mieten in den letzten Jahren entwickelt haben, ich glaube, das brauchen wir hier auch nicht diskutieren, die sind einfach gestiegen. Und der Ruf nach leistbarem Wohnen ist einfach...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ich weiß nicht, Herr Kollege, Sie haben die Möglichkeit gehabt, sich zu Wort zu melden. Nachher vielleicht auch. Aber bitte, lassen Sie mich ausreden. *(Applaus)*

Ich habe mir auch natürlich die Agenda 22 angeschaut. Ich glaube, auf Seite 13 steht das genau. Bekennung zum Gemeindewohnbau, ja, das ist gut, sinnvoll. Sehen wir auch so, aber es braucht mehr. Und das wäre ein Modell wirklich, wo alle davon profitieren würden, sogar also die Stadt Graz, die VermieterInnen und die Menschen, die auf der Suche nach leistbarem Wohnen sind. Vorher habe ich mir auch ein paar Wortmeldungen aufgeschrieben zum Punkt 59. Sie, Herr Vizebürgermeister, haben da gesagt: „Müssen den Wohnungsbedarf abdecken. Das ist ja so wichtig.“

Ja, wieso stimmen Sie nicht zu? Verstehe ich nicht. (*Applaus*)

Also, warum man sich hier wirklich, ich verstehe nicht, warum man sich der Diskussion verweigert. Ihr seid Meister in Ankündigung, Ankündigungspolitik, da kann euch keiner das Wasser reichen. Super, ja. Aber, wenn jemand mit konkreten Vorschlägen kommt, mit wirklich Empfehlungen, wie wir zusammen für die Stadt Graz was weiterbringen können, ja dann lieber nicht mit euch, weil das ist mit Arbeit verbunden und mit Arbeiten habt ihr es nicht so. (*Applaus*)

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ich finde es wirklich schade, dass wir bei so einem wichtigen Thema, und es ist ein wichtiges Thema...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Herr Kollege, ich kenne Sie aus dem Ausschuss, Sie lassen mich nie ausreden, also, wie gesagt...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Ribo, MA:

...bitte, Sie können gerne nach vorne kommen, sich zu Wort melden, wenn Sie zu diesem Thema was zu sagen haben.

Unverständliche Zwischenrufe,

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ich persönlich finde es wirklich sehr schade, dass wir bei so einem wichtigen Thema, nicht alle an einem Strang ziehen. Tolle Regierungspartei, weiter so, Ironie aus. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich komme zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 19 Personen. Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

Der Dringliche Antrag von GR Ribo, MA wurde mehrheitlich gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos abgelehnt.

F.5) Entschärfung der „Teilzeit-Falle“ (GR KO Ehmman, SPÖ)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zum nächsten und letzten dringlichen Antrag. Ich darf Herrn Gemeinderat..., pardon?

Ach ja, pardon, Entschuldigung, habe ich jetzt unterschlagen, Verzeihung. Habe ich der SPÖ glatt jetzt ihren Antrag wegnehmen wollen. Dann darf ich Herrn Klubobmann Ehmman herausbitten für seinen Dringlichen. Der Wunsch war Vater des Gedankens scheinbar.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, vielen Dank, geschätzter Herr Vizebürgermeister, dass der Antrag noch gefunden wurde. Jetzt schauen wir, ob es uns jetzt gelingt, den Nein-Sager-Block zu durchbrechen. Das ist immer eine Betrachtungsweise, wo man steht, aber nein, Spaß beiseite, das Thema ist zu ernst. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei unserem Dringlichen, wir haben uns das gut überlegt, was wir hier machen mit unserer dringlichen Anfrage, welche wir hier wählen und hier sind wir zu einem Punkt gekommen, der nicht ganz unwesentlich ist, vor allem auch in Zusammenhang mit einem grundsätzlichen Wirtschaftsaufschwung und einer Erholung am Arbeitsmarkt. Aber was bedeutet das gleichermaßen auch in vielen Bereichen, vor allem im Bereich der atypischen Beschäftigung, prekären Arbeitsverhältnissen, aber auch in der Teilzeit letztendlich wirkt sich das natürlich aus, oder sollte sich in dem Fall jetzt auch positiv auswirken. Positiv, warum? Warum, haben wir das mit Teilzeitfälle beschrieben? Teilzeitfälle deswegen, weil es natürlich ein Für und Wider gibt, wenn man Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse umreißt.

Überwiegend sind es Frauen, die Teilzeitjobs annehmen, und durchaus nicht immer gewollt, sondern auch vielfach in Teilzeit gedrängt, weil es keine Möglichkeit auf eine Erhöhung der Stunden oder auf einen, im besten Fall, auf einen Vollzeitjob gibt, von dem man auch dann in letzter Konsequenz leben kann. Was durchaus kurzweilig oder kurzfristig auch manchmal Vorteile aufweisen kann, erweist sich natürlich dann in weiterer Folge über die Lebensarbeitszeit, aber vor allem dann im Pensionsbereich, als wirkliche Falle, denn dort wird es dann zum Klotz am Bein der Betroffenen. Die Teilzeit faktisch, oder bei Teilzeit über einen Lebensarbeitszeitraum ist eine eigenständige Altersversorgung quasi unmöglich. Viele Frauen, natürlich mehrheitlich Frauen betroffen, müssen hier teilweise die Ausgleichszulage dann in Anspruch nehmen, oder schon während der Arbeit, während der aktiven Arbeit noch sogar im schlimmsten Fall die Mindestsicherung, eine Aufzahlung auf die Mindestsicherung beziehen, was natürlich auch nicht sehr gut ist.

Also, wie gesagt, dass Teilzeit per se selbstverständlich nichts Schlechtes ist, weil es ein Arbeitszeitmodell, als Ergänzungsmodell gedacht wurde, aber wir haben mittlerweile von 3,5 oder 3,6 Millionen unselbstständiger Erwerbstätiger über eine Million Menschen in Teilzeit, also das ist nicht mehr ein Arbeitszeitmodell als Alternativ-Modell geworden, sondern ein Normarbeitszeit-Modell. Und ich glaube, das ist eigentlich vielleicht nicht das, was man insgesamt hier angestrebt hat.

Warum sagen wir das oder warum verpacken wir das in einem Dringlichen? Weil, auch das Haus Graz davon betroffen ist in weiterer Folge. Im Haus Graz, das da in dieser Hinsicht, vieler anderer Hinsicht sehr gutes Vorbild auch für den niedergelassenen oder privatwirtschaftlichen Bereich, wenn man so will, ist, auch Vorbildfunktion hat, aber gerade hier ist die Stadt eventuell auch durchaus da oder dort kein gutes Beispiel wie in vielen anderen Bereichen, wo sie es schon ist.

Gerade im Haus Graz, wo zu einem nicht geringem Ausmaß Frauen, die unfreiwillig auch in Teilzeit gedrängt werden, so wie es in der Kinderbetreuung auffällig ist, Parkraumüberwachung oder in erschreckend drastischer Form in der Reinigung, auch so ist. Da reden wir von 50%-Beschäftigungsverhältnissen mit Arbeitszeiten, die eben sogar einen Zweitjob, im Grunde genommen ohnedies etwas diskussionswürdig, verunmöglichen. Allerdings: Mitarbeiterinnen, die es „billiger“ geben müssen und zwar deshalb, weil sie oftmals dann in einem schlechteren Kollektivvertrag sind und hier nur die Chance mit dem schlechteren Kollektivvertrag auf ein höheres Beschäftigungsausmaß kommen können.

Weil die nicht dienstzugewiesenen Kolleginnen und Kollegen darum bitten um Aufstockung der Stunden, was nicht immer dann möglich ist und oftmals über die GBG, über Fremdpersonal zusätzlich stundenweise besorgt wird. Und das, muss man den Hintergrund annehmen, hat einen wirtschaftlichen Hintergrund, was auch sonst und daher appellieren wir hier, dass uns dieses Beispiel nachdenklich stimmen soll.

Hier sollen wir Anstrengungen unternehmen, auch die dienstzugewiesenen Kolleginnen/Kollegen, die schon lange im Dienst sind und sich vielfach eine Stundenerhöhung wünschen, weil über die Lebensarbeitszeit das eine notwendige Voraussetzung für eine würdige, ein würdiges Leben auch in Pension und gegen Altersarmut auch ist. Also daher möchte ich auch die Stimme erheben für die Kolleginnen/Kollegen insgesamt und hier, unter Einbindung der Personalvertretung, aber selbstverständlich auch der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, hier gemeinsam mit dem Verantwortlichen im Haus Graz, der Stadt Graz, formal habe ich es jetzt nicht schreiben dürfen, weil sonst wäre der Antrag nicht durchgegangen. Aber ich meine natürlich den Herrn Vizebürgermeister genauso als Personalreferent, aber auch den Beteiligungsreferenten Finanzstadtrat Riegler, hier alle Anstrengungen zu unternehmen, dass wir das aus dem Weg schaffen können und zumindest auf jeden Fall verbessern.

Ich darf den dringlichen Antrag einbringen: Der Beteiligungsreferent wird ersucht, Lösungsmodelle zu überlegen, wie dieses Ziel, dass Teilzeitbeschäftigte, die Vollzeit arbeiten wollen, auch tatsächlich ein entsprechendes Beschäftigungsausmaß erhalten können, erreicht werden kann. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Dezember dieses Jahres vorzulegen. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche wirklich um eure Annahme. Es ist echt ein wichtiges Thema. Frauen haben in der Pension eine Benachteiligung von fast 40 % gegenüber Männern, das sollte uns wirklich zu denken geben und daher auch die Dringlichkeit. Danke. (*Applaus*)

*Gemeinderat Klubobmann Ehmman stellt namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, daher den **dringlichen Antrag**: Der Beteiligungsreferent wird ersucht, Lösungsmodelle zu überlegen, wie dieses Ziel, dass Teilzeitbeschäftigte, die Vollzeit arbeiten wollen, auch tatsächlich ein entsprechendes Beschäftigungsausmaß erhalten können, erreicht werden kann. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Dezember dieses Jahres vorzulegen.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich nütze die Zeit und darf den langjährigen Bezirksvorsteher von Geidorf, Franz Schwarzl, ganz herzlich begrüßen. Sei uns herzlich willkommen. Servus. (*Applaus*)

Gibt es zum dringlichen Antrag eine Wortmeldung? Bitte, Herr Gemeinderat Pogner.

Gemeinderat Pogner:

Werter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michi! Ja, Beschäftigungsverhältnisse sind immer, das ist ganz klar, ein wichtiges Ding und betrifft jeden von uns und jeden, der in Beschäftigung ist. Und wenn man nur teilzeitbeschäftigt ist, dann ist es natürlich für viele Menschen umso schwieriger, den Lebensunterhalt damit zu bestreiten. Und wir sind da ganz d'accord mit dir, was zumindest das anbelangt, dass das Haus Graz da auch eine Vorbildwirkung haben soll. Und da soll man darauf schauen, gemeinsam mit der Personalvertretung, das ist alles ganz klar und ok. Einen Punkt möchte ich allerdings herausgreifen und den möchte ich besonders herausheben. Nicht nur, weil ich selbst dort meinem Brotberuf nachgehen darf, sondern wenn du ihn jetzt auch nicht nur im Antrag drinnen hast, sondern es auch hier noch einmal gesagt hast. Du hast die Parkraumbewirtschaftung erwähnt, das Parkraumservice. Und genau dort ist es anders, als du es darstellst. Dort haben wir fixe Beschäftigungsverhältnisse von 20 bis 34 Stunden. Nicht in Teilzeit. Die Leute können es sich bei uns selbst aussuchen, in welchem Stundenausmaß sie beschäftigt...

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Pogner:

...nicht beschäftigt sein wollen, sofern sie es so haben möchten, aber, das heißt, es gibt hier einen...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Pogner:

...es gibt hier einen Grundvertrag. Zum Beispiel eben über diese 20-Stunden. Aber es kann jeder auch mehr arbeiten und es ist nicht so wie in anderen Bereichen oft, dass man zuerst am Vormittag arbeitet und dann am Nachmittag arbeitet. Bei uns wird das so richtig ordentlich gemacht. So, wie es sich gehört. Und eines hat mich ein bisschen, ein bisschen, naja, verärgert ist jetzt übertrieben, aber es hat mich ein bisschen gewurmt, weil es ist ganz einfach so, wir haben beim letzten Mal, bei unserem letzten Verwaltungsausschuss, einer Sitznachbarin, der Kollegin Marak-Fischer, angeboten, sie möge doch einmal bei uns eine Führung machen. Sie möge sich genau informieren, sie möge sich das alles ganz genau anschauen. Wir hätten ihr gerne alles gezeigt. Bis heute ist sie nicht wirklich gekommen, sie ist damals, du bist damals ein bisschen herumgegangen, aber du hast, wenn es solche Fragen gibt, warum kommst du nicht? Liebe Alexandra, warum kommst du nicht? Warum sprichst du nicht mit uns? Du hättest heute deinen Klubobmann super aufklären können, und das Parkraumservice wäre nicht da drin im Bericht vorgekommen, weil es bei uns eben genau anders läuft. Nichtsdestotrotz stimmen wir der Dringlichkeit zu, weil es einfach ein wichtiger Punkt ist und weil wir mit der Personalvertretung gemeinsam natürlich schauen müssen, dass im Haus Graz alles gut geht und dass wir unsere Damen, die in Beschäftigung sind, so gut wie möglich versorgen können. Daher Zustimmung, aber bitte, Parkraumservice gehört nicht in das Konvolut hinein. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Luttenberger. Bitte.

Gemeinderat Luttenberger:

Sehr geehrte Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte! Sehr geehrte Gäste! Ich muss jetzt meine Wortspende etwas umbauen, weil mich das natürlich doch freut, dass die ÖVP der Dringlichkeit ihre Zustimmung gibt. Denn man ist sich ja nicht immer sicher. Das gebe ich auch offen zu. Denn wir reden...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Luttenberger:

Nein, super. Nein wirklich, ohne Wenn und Aber, super. Auch wir als KPÖ werden der Dringlichkeit die Zustimmung geben, denn wir haben heute viel von den Leuchtturm-Projekten in Graz gehört, und auch die soziale Frage ist unserer Meinung nach natürlich ein Leuchtturm-Projekt. Und wir können einerseits froh sein, dass es im überwiegenden Teil eine Zufriedenheit gibt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz, im Haus Graz. Aber dort, wo es Probleme gibt, muss man diese Probleme angehen und ich erinnere: In der letzten Gemeinderatsperiode haben unter anderem auch wir, oder ich, durchaus etliche Anfragen gestellt, wenn es um die soziale Frage ArbeitnehmerInnen-Zufriedenheit gegangen ist. Erstellung, wie schaut es aus mit Teilzeitbeschäftigten und so weiter und so fort. Auch über die Arbeitslosenfrage haben wir immer wieder regelmäßige Anfragen gestellt. Und das ist gut und wichtig und deswegen gehört das auch in diesen Kontext hinein. Und eines wollte ich auch sagen, also es ist ja nicht so, dass das alles irgendwie, dass das Luftgoldschen sind, um das wienerisch zu sagen...

Ordnungsruf (17.12 Uhr) durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich bitte um Disziplin, danke.

Gemeinderat Luttenberger:

Es gibt ja Regierungsabsichten, das sogenannte Arbeitsrechtsprojekt, was 2013 begonnen oder beschlossen worden ist, ist leider bis heute nicht umgesetzt worden. Und da sind auch die Fragen der Flexibilisierung drinnen, was mit den Kolleginnen und Kollegen dann im Alter passiert, wenn es um die Pensionsfrage geht. Und das sind eben wichtige Fragen, die man nicht jetzt hier klären können, die wir aber nicht vergessen sollten. Und in dieser Frage eben sollten wir jetzt mit den betroffenen Stellen reden, wenn es um diese ganz konkreten Fälle geht. So, habe ich schon ausgesprochen. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin, bitteschön.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, erstmal: Lieber Michi Ehmann, herzlichen Dank für deine Initiative zu diesem ganz wichtigen Thema und ich freue mich auch sehr, dass wir hier eine Mehrheit für die Dringlichkeit bekommen werden. Wie du zutreffend ausführst, stecken insbesondere Frauen in der Teilzeitfalle und müssen mit geringem Gehalt und einer noch geringeren Pension zurechtkommen. Dass hier die öffentliche Hand als Vorbild tätig werden soll, das sehe ich ganz genauso wie du. Ergänzen möchte ich, dass das Aufnehmen einer Vollzeit-Beschäftigung unter den bestehenden Rahmenbedingungen der beste Weg ist. Wir sollten aber nicht vergessen, immer wieder diese Rahmenbedingungen in Frage zu stellen. Und die Rahmenbedingungen, die ich meine, sind die 40-Stunden-Arbeitswoche, ja. Denn gerade, wenn man kleine Kinder hat oder andere Formen unbezahlter Arbeit, wie Pflege, übernimmt, sind 40 Stunden einfach zu viel. Ich bin selber Mutter von einem kleinen Kind und erlebe gerade tagtäglich, dass es eigentlich kaum zu schaffen ist, das unter einen Hut zu bringen.

Und auch eine Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, die wir immer fordern, ist ein Teil der Lösung, aber eben nicht alles. Weil nicht alle Eltern ihre Kinder von klein auf in eine Ganztages-Kinderbetreuung geben wollen. Eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und anderen Sorgepflichten, Beruf, Freizeit, sonstiges Leben, finde ich, muss man ganz ehrlich sagen, ist eigentlich nur mit einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich möglich. Auch das Frauenvolksbegehren 2.0 fordert übrigens eine solche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Das wollte ich einfach an dieser Stelle noch einmal anmerken, weil es einfach wirklich gesellschaftspolitisch ein wichtiges Thema ist, das uns alle beschäftigen sollte. Solange wir diese Arbeitszeitverkürzung aber nicht durchgesetzt haben, braucht es, gerade hier in der Stadt, für die Beschäftigten ein Lösungsmodell und da bin ich ganz bei dir und wir werden natürlich mit dem Antrag mitstimmen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich den Antragsteller zum Schlusswort bitten.

Gemeinderat Klubobmann Ehmman:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die rege Diskussion und für die offensichtliche Mehrheit, die dieser Antrag erhält. Zumindest einmal in der Dringlichkeit, aber ich gehe davon aus, dass das dann auch der Inhalt ist. Gelernt habe ich heute, also danke dem Kollegen Pogner seitens der ÖVP, ich werde mir das sehr gerne anschauen mit dem Klub gemeinsam. Auch andere städtische Einrichtungen noch, dem möchte ich noch gerne nachkommen. Bisher sind wir noch nicht dazu gekommen, aber die Kollegin Marak-Fischer hat mir das nicht vergessen zu sagen oder zu zeigen oder was auch immer, sondern 20 bis 34 Stunden wählbar ist gut, aber ist kein Vollzeitmodell oder bzw. also 20-Stunden ist noch nicht...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

...ist noch nicht das. Also, beim Zwingen, wie gesagt, vorher haben wir es eh erläutert.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, ja. Bis zu 34 Stunden. Gut.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja. Ja, ja. Nein, 34-Stunden...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

34-Stunden ist...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ok. Ja. Ja, das hoffe ich, dass sie alles gezahlt kriegen, was sie arbeiten. Also, das sollte aber überall so sein, also auch bei den 20-Stunden. Und das vielleicht noch mit einem Lohn, der adäquat ist.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ok.

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte keine Zwiegespräche, meine Damen und Herren! Antragsteller am Wort.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Bei den Überstunden habt ihr mich auch, weil wir sollten uns auch die Überstundenzuschläge bei Teilzeitbeschäftigten überlegen, dass das keine Normarbeitszeit ist, wenn man über die Teilzeitbeschäftigung drüber geht. Auch bei Arbeitszeitmodellen, die von den Grünen angesprochen geworden sind, habt ihr uns dabei, das werden wir natürlich nicht da lösen. Das ist auf anderer Ebene zu tätigen. Aber auch dort sollte es zukünftig Lösungen geben, weil es einfach, also dieses Ausmaß von Beschäftigung und gleichzeitig Menschen, die Beschäftigung brauchen, und auch davon leben können, nämlich bei vollem Lohnausgleich. Weil, sonst hilft sie ja wieder nichts die Verkürzung, muss man auch sagen. Und damals bei Kreisky, wenn wir uns zurückerinnern, ist auch nicht die Welt zusammengebrochen, wie es die Erhöhung bzw. die Arbeitszeitverkürzung gegeben hat, obwohl sie angekündigt war. Also, da müssen wir uns eh noch auf anderen Ebenen unterhalten. Aber ich bedanke mich jetzt schon für die kooperative Diskussion und konstruktive Diskussion, und ich glaube, das ist eine sehr gute Möglichkeit, den Beschäftigten, auch im Hause Graz, zu zeigen, wir bemühen uns, wir hauen uns rein, dass die Rahmenbedingungen auch für euch passen.

Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Damit bringe ich die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist heute einstimmig.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Und dann frage ich, ob es zum Antrag selbst eine Wortmeldung gibt? Bitte, Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat Dr. Riegler:

So, lieber Herr Klubobmann! Da ich ja als Beteiligungsreferent angesprochen bin, Lösungsmodelle mir zu überlegen, wollte ich mich dann in der Sache selbst natürlich zu Wort melden. Weil ja, was ja zu Recht auch sinnvoll war und recht und gut war, wir uns eben tatsächlich inhaltlich vertieft darüber unterhalten wollen. Und da möchte ich dann schon die Gelegenheit nützen, um ein Loblied auf den Dienstgeber Stadt Graz zu singen. Denn es ist tatsächlich so, dass die Stadt Graz eigentlich einer der besten Arbeitgeber ist, den man sich vorstellen kann. Ich bemerke an Ihrem Nicken, dass Sie das auch so sehen, Herr Ehmann. Daher wollte ich vielleicht kurz Folgendes sagen: Erstens einmal, wir haben grundsätzlich eine Vollbeschäftigungs-Policy, und zwar sowohl in der Holding Graz als auch in der Stadt Graz und eigentlich auch in der GBG.

Außer dort, wo es, wie Sie ja auch richtig geschrieben haben, notwendig ist, aufgrund von Bilanzen und Unternehmensinteressen, für die ich eben auch zuständig bin, wo es eben unvermeidlich ist, dass man möglicherweise Teilzeit-Lösungen bevorzugt. Ein Beispiel ist etwa der Reinigungsdienst. Ich war unlängst um vier Uhr in der Früh hier im Rathaus und dann noch im Amtshaus und habe also die Reinigungskräfte besucht und festgestellt, was das für eine schwierige Arbeit ist, um vier Uhr in der Früh schon voll im Einsatz zu sein. Und es wäre also vom Arbeitszeitgesetz her und von den arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht möglich, nämlich wegen der Ruhezeiten, dass die vier Stunden arbeiten. Also zum Beispiel von vier bis acht in der Früh. Und dann am Nachmittag wieder da kommen. Deswegen ist es eben bei den Reinigungsleistungen zum Teil nicht anders möglich, als dass wir auf Teilzeit bleiben.

Gemeinderat Pagner hat schon hingewiesen, wie die Situation bei der Parkraumüberwachung ist. In der Kinderbetreuung ist es zum Beispiel schwierig, und so, dass wir ja darauf angewiesen sind, auf Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen, damit wir nämlich auch die Förderungen des Landes bekommen. Und wir sind daher da darauf angewiesen, dass wir zum Teil mit Teilzeit-Jobs gewissermaßen das notwendige Beschäftigungsausmaß erfüllen. Das heißt, prinzipiell gibt es natürlich ein Bekenntnis, Teilzeit zu erhöhen, also Teilzeitbeschäftigte auf deren Wunsch hin auch auf Vollzeitbeschäftigungen umzustellen, aber immer geht es eben nicht, aber in der Tat arbeiten wir daran. Und zwar nicht erst seit dem dringlichen Antrag, sondern auch schon früher.

So ist es zum Beispiel in der GBG zuletzt so gewesen, dass wir das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung uns erteilen haben lassen, um eben die Möglichkeit zu geben, dass Leute, die als Reinigungskräfte arbeiten, möglicherweise umsatteln und auch andere Aufgaben übernehmen. Das heißt, es gibt jede Menge Aktivitäten, um tatsächlich auch Vollbeschäftigungen möglich zu machen. Wenn es weitere derartige Aktivitäten gibt, werden wir darüber berichten und ich verspreche Ihnen, ich werde mir das aufschreiben, ich werde Ihnen spätestens im Dezember über weitere Überlegungen dann in der Gemeinderatssitzung berichten. Dankeschön. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Gemeinderat Ehmann. Gibt es eine Wortmeldung? Bitte.

Gemeinderat Ehmann:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler! Wie Sie richtig bemerkt haben, ist es so, dass ich das auch erkannt habe, dass die Stadt Graz eine gute Arbeitgeberin ist, ja. Das ist völlig klar und den Personalschlüssel, den Sie angesprochen haben in Zusammenhang mit Förderrichtlinien und so, also ich sage einmal: Mehr ausgeben dürfen wir, nur zu wenig nicht. Und die andere Geschichte ist, ich glaube, man kann Stunden vergeben und man kann Stunden fairgeben, mit ai. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist natürlich abermals ein einstimmiger Beschluss. Danke.

Der Dringlichkeitsantrag von GR KO Ehmman wurde einstimmig angenommen.

F.6) Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zur Unterstützung von administrativen Tätigkeiten an allen Grazer Schulen (GRⁱⁿ Marak-Fischer, SPÖ)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zum nächsten Dringlichen der SPÖ und ich darf Frau Gemeinderätin Marak-Fischer herausbitten.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Geschätzte Mitglieder des Stadtsenates! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Inklusion von Menschen mit Behinderungen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir haben die UN-Behindertenrechtskonvention, die auch in Graz schon zu einer umfangreichen Agenda geführt hat. Wir sind Pilotregion im Bereich der Inklusion im Bildungsbereich und wo beginnt man bei Inklusion am besten? Bei den Jüngsten natürlich, die unvoreingenommen, ich sehe das auch selbst bei meinen Kindern, die in Integrationsklassen gehen, die unvoreingenommen Menschen oder Kindern mit Behinderung begegnen, und sehr, sehr viel so für ihr restliches Leben auch lernen, wie sie umgehen können mit diesem Thema.

Und in diesem Sinne drängt es sich nahezu auf, ein beispielhaftes Inklusionsprojekt, das seit diesem Schuljahr, also erst seit zwei Wochen, an der Viktor-Kaplan-Volksschule in Andritz gestartet wurde, sukzessive und so rasch wie möglich auch auf andere Grazer Pflichtschul-Standorte auszubauen. Worum geht es in diesem Projekt? Vier Menschen mit Behinderung werden von atempo angestellt und über atempo an dieser Grazer Volksschule eingesetzt. Und zwar in unterschiedlichen Bereichen. Eine der Personen wird im administrativen Unterstützungsbereich, also sozusagen Sekretariatsarbeiten, eingesetzt. Zwei weitere werden bei der Unterstützung im Unterricht eingesetzt und eine weitere Person wird in der Küche eingesetzt. Also insgesamt vier Personen, die hier einen Arbeitsplatz finden. Und gleichzeitig für die Kinder Vorbildwirkung haben. Selbstverständlich auch für Kinder, die Behinderungen haben, ist das natürlich ein wesentliches Signal zu sehen, dass Menschen mit Behinderung ganz normal arbeiten und im Arbeitsleben stehen.

Für die Volksschulkinder insgesamt ist es natürlich eine Vorbildwirkung und nicht zuletzt ist es für die Schule und für die Lehrerinnen und Lehrer natürlich eine Riesenentlastung, hier zusätzliche Arbeitskräfte an der Schule zu haben. Ich stehe hier nicht zum ersten Mal zum Thema administratives Unterstützungspersonal. Seit, glaube ich, zwei oder drei Jahren bin ich schon mit diesem Thema immer wieder beschäftigt und gemeinsam mit dem Stadtrat, der auch hier versucht hat zum Beispiel, und auch über einige Plätze ist es auch gelungen, zum Beispiel für junge Menschen im Rahmen des freiwilligen Sozialjahres hier eine Lösung zu finden, ich glaube, sind wir jetzt schon seit Jahren auch bemüht, hier zu Verbesserungen zu kommen. Denn was an den Schulen tatsächlich fehlt, sind eben Sekretariate, Unterstützungspersonal, das den Direktorinnen und Direktoren hilft, freigespielt zu sein für ihre Führungsaufgaben, für ihre pädagogischen Arbeiten und nicht mit Telefonaten, kopieren und Zettel ausdrucken beschäftigt zu sein. Und wie wir wissen, wird leider die Bürokratie nicht weniger und damit auch die Administration in den Schulen nicht unbedingt weniger arbeitsintensiv, als es vor einigen Jahren war.

Und für die Menschen, die dort einen Arbeitsplatz gefunden haben, glaube ich, brauchen wir nicht erwähnen, ist es natürlich eine großartige Chance, einen Schritt ins Arbeitsleben zu tun. Vorläufig ist das Projekt einmal für ein Jahr begrenzt, mit der Option auf Verlängerung. Diese Menschen haben ja Bescheide nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz und je nachdem, auch wie die persönliche Situation dieser Menschen ist, können sie länger oder kürzer in so einem Projekt beschäftigt sein. Natürlich ist es für manche auch möglich, später in den ersten Arbeitsmarkt einzusteigen, muss auch immer ein Ziel sein, aber einige bleiben über mehrere Jahre oder auch für den Rest ihres Arbeitslebens in solchen Maßnahmen. Und das heißt, hier könnte es auch durchaus ein längerfristiger Arbeitsplatz sein, der auf die Art gewonnen werden kann.

Für die Stadt selbst ist es eine wahrscheinlich auch finanziell interessante Variante, weil die Personalkosten eben über das Steiermärkische Behindertengesetz bezahlt werden können. Arbeitsplätze werden möglicherweise notwendig sein. In diesem Pilotprojekt wurde es erfreulicherweise über die Arbeiterkammer möglich, hier auch für die EDV zum Beispiel Unterstützung zu bekommen. Insgesamt halte ich es eben für eine sehr wichtige und wesentliche Maßnahme, um einerseits im Bildungsbereich zu Verbesserungen zu kommen und andererseits für die Kinder und Jugendlichen Inklusion von Anfang an sichtbar und erlebbar zu machen und drittens, eben natürlich für die Personen, die einen neuen Arbeitsplatz haben, eine Chance auf ein erfülltes Berufsleben aufzubringen. Daher darf ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Antrag stellen: Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Abstimmung mit dem Land und dem AMS abzuklären, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht dieses an der Volksschule Viktor Kaplan gestartete Inklusions-Projekt an allen Grazer Pflichtschulen, vielleicht sogar in Kinderbetreuungseinrichtungen, umgesetzt werden könnte. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein entsprechender Bericht vorzulegen. Dankeschön. (*Applaus*)

*Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer stellt namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den **dringlichen Antrag**: Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird er-sucht, in Abstimmung mit dem Land und dem AMS abzuklären, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht dieses an der VS Viktor Kaplan ge-startete Inklusions-Projekt an allen Grazer Pflichtschulen und vielleicht sogar in Kin-derbetreuungseinrichtungen umgesetzt werden könnte. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein entsprechender Bericht vorzulegen.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Frau Gemeinderätin Braunersreuther bitte.

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

Ja. Sehr geehrte KollegInnen! Liebe Damen und Herren! Liebe Alexandra! Natürlich, solche Projekte sind total gut und wichtig, aus den von dir bereits genannten Grün-den und du hast es ja selbst angesprochen. Leider sind sie vielleicht oft nicht mach-bar, denn Sekretariate wie dort, wo solche Unterstützung möglich sein könnte, gibt es nicht überall. Das ist ja auch von uns schon eine langjährige Forderung, dass so etwas installiert wird. Weil ich kann mich selber erinnern, in meiner Schulzeit war das Kran-kenzimmer zum Beispiel neben dem Sekretariat, also die Sekretärin hat nicht nur ko-piert und administrative Tätigkeiten gemacht, sondern die war einfach da und wenn es Kindern schlecht gegangen ist, dann waren die nicht alleine irgendwo gelegen, son-dern die hat auch noch geschaut. Also, es hat auch eine ganz starke soziale Funktion.

Das Einzige, was uns an diesem Antrag ein bisschen gestört hat, das war eine etwas unklare und/oder schwammige Formulierung. Nämlich war zeitweise von einem Prak-tikum die Rede und zeitweise von einem Beschäftigungsverhältnis. Und das hoffen wir, dass das in der Praxis auch klar so unterschieden wird, denn ein Praktikum kann für die Inklusion und für so ein Projekt auch schon sehr, sehr gut sein. Nur ein Prakti-kum, dass muss man klar und deutlich sagen, muss zeitlich begrenzt sein.

Wenn solche Projekte ausgedehnt werden, dann müssen sie unter allen Umständen in ein wirklich festes Beschäftigungsverhältnis umgewandelt werden, indem diese Leute, die dort ja auch ihre Arbeit leisten, auch wirklich anständig bezahlt werden und nicht nur eben mehr oder weniger Taschengeld bekommen, wie es halt bei einem Praktikum üblich ist. Aber nichtsdestotrotz werden wir dem natürlich in der Dringlichkeit und im Antrag zustimmen. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bittesehr.

Gemeinderätin Ussner:

Also, ich halte mich kurz. Wir finden den Antrag wichtig und gut. Und wir sehen ja anhand des angeführten Beispiels, dass das wirklich eine Form der Inklusion ist, die beiden Seiten etwas bringt. Ich kann auch noch einmal das, was die Frau Braunersreuther gesagt hat, noch einmal unterstreichen, das sind auch sehr wichtige Anmerkungen. Und ja, genau. Und deswegen werden wir, obwohl wir hier nicht dem Neinsager-Block angehören, natürlich zustimmen. Danke für den Antrag. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Nachdem der Antrag durchgehen wird, möchtest du trotzdem jetzt schon das Schlusswort? Dann bringe ich die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger, also einstimmig angenommen die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Jetzt darf ich Herrn Stadtrat Hohensinner bitten um seine Ausführungen.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra! Du warst ja mit diesem Projekt schon bei mir im Büro und wir haben das diskutiert und du hast ja bei dem Termin schon gemerkt, dass ich dieses Projekt unterstützen werde. Ich habe auch ganz aufmerksam deinen Motivenbericht durchgelesen. Ich glaube, dass dieses Projekt alle Zutaten hat, erfolgreich zu sein. Wenn ihr jetzt schreibt, das Projekt ist ein Best-practice-Projekt, muss ich nur anmerken, das Projekt hat genau Montag vor einer Woche gestartet, das heißt, es gibt zwölf Tage. Es ist vielleicht ein bisschen übereilig, jetzt schon zu reden, dass es ein Best-practice-Modell ist.

Aber, wenn es dazu dient, dass Menschen ja mittel- und langfristig am ersten Arbeitsmarkt unterkommen, dann ist dieses Projekt natürlich zu unterstützen. Wir haben in den Vorgesprächen auch schon ausdiskutiert, dass wir den Evaluierungszeitraum ausdehnen. Du hast drei Monate vorher gefordert. Wir haben jetzt gesagt, das es dann im März 2018 sein soll. Das passt. Dann haben wir ein Semester, dass wir uns das anschauen. Und sollte es erfolgreich sein, bin ich der Erste, der dich unterstützt bei deiner Landesrätin. Das muss ich dir schon auch sagen, dass es für dieses Projekt und für die Ausweitung dieses Projektes ganz allein die Soziallandesrätin zuständig ist, aber ich werde dich natürlich in dem Vorhaben gerne unterstützen.

Das ist das eine. Das andere: Du hast geschrieben, dass das keine Kosten für die Stadt Graz, Personalkosten ja, die sind über das BHG abgedeckt, hast du gesagt. Der Michi Ehmann nickt gerade, der weiß so gut wie ich, dass das BHG einen Kostenteilungsschlüssel 60:40, 60 Land, 40 Stadt, hat. Das heißt, wir unterstützen das auf jeden Fall auch, es kommen wahrscheinlich deshalb nicht mehr Kosten auf uns zu, weil diese Menschen sonst in anderen Verhältnissen sind, in Werkstätten etc. Von dem her passt das ganz gut.

Ich möchte dich aber trotzdem bitten, mich in einem anderen Projekt zu unterstützen. Ich glaube, du kennst das Projekt: Step-by-Step 1. Das hat hier im Magistrat vor 10 Jahren stattgefunden. Den MitarbeiterInnen kann man jetzt am Gang auch begegnen. Die liefern uns auch immer die Post, jeden Tag. Die sind super engagiert. Das Projekt war ein Erfolg. Dass man Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 % im Magistrat angestellt hat, und wir hätten jetzt fix-fertig ein Projekt Step-by-Step 2 vorbereitet. Ich habe dieses Projekt der Landesrätin Doris Kampus auch schon vorgestellt. Bis jetzt haben wir noch keine Rückmeldung bekommen, aber weil ich der Meinung bin, dieses Projekt ist ganz ähnlich dem Projekt, das jetzt in der Viktor-Kaplan-Volksschule umgesetzt wird, glaube ich, dass mit deiner Unterstützung das vielleicht bei der Landesrätin auch möglich wird.

Abschließend möchte ich noch grundsätzlich etwas zum Thema Inklusion in unserer Schule sagen, weil du hast gesagt, Graz/Graz-Umgebung/Voitsberg ist eine Pilotregion und ich sehe da ein paar Risiken. Der Bund hat uns verordnet quasi, auf 100 % uns auszuweiten. Dass wir 100 % der Menschen oder der Kinder mit Behinderung in Regelklassen unterbringen. Die Steiermark ist da schon so gut unterwegs; wir integrieren bereits 85 % der Kinder in Regelklassen. Wir müssen schauen, dass wir das System nicht überfordern. Ich glaube, dass der Bund gut beraten wäre, jetzt bei uns sich das abzuschauen und zum Beispiel in Niederösterreich, wo es bei 40 % liegt, diese Quote dort anzuheben. Ich bin dafür, dass wir die Integration in Richtung Inklusion vorantreiben.

Aber mit der Bitte, dass wir das wirklich Schritt für Schritt machen, dass wir die Inklusion als Fernziel sehen. Ich bin der Meinung, dass wir für die Inklusion drei Sachen brauchen. Das ist einmal den Schulraum, der ist vorher angesprochen worden, der muss bereitgestellt werden. Wir brauchen die Haltung und die Einstellung der Menschen, nämlich der Kinder, der Eltern und der Pädagoginnen und Pädagogen und drittens wir brauchen die Ressourcen.

Wenn der Bund uns zur Pilotregion erklärt, und wenn ich dann beim Bund, bei der SPÖ-Bildungsministerin rückfrage, wie viel Geld wird uns bereitgestellt, und da kommt einfach eine Null, dann muss man sagen, dann ist das wirklich eine Forderung, eine Überschrift, aber nichts Nachhaltiges. Noch dazu ist uns angedroht worden, dass Lehrer abgezogen werden. Das heißt, ich bin gerne bereit, mit euch gemeinsam diesen Weg zu gehen. Nur müssen wir schauen, dass die Ressourcen auch sichergestellt werden. Aber ich bin mir sicher, dass du auch ähnlich denkst, und deswegen zu dem einen Projekt können wir nur unsere volle Zustimmung hier kundtun. Und ich freue mich, wenn wir nach einem halben Jahr das uns noch einmal gemeinsam anschauen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es zum Antrag weitere Wortmeldungen? Dann darf ich die Antragstellerin zum Schlusswort bitten.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Ja, herzlichen Dank für die vielen positiven Signale. Herzlichen Dank auch dir, lieber Stadtrat, dass du das mit einem Ja aufnimmst. Man sieht, auch die sogenannten Nein-Sager-Parteien können ja sagen, wenn Ideen für die Menschen sind und etwas Gutes für diese Stadt bedeuten.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Wie wohl ein Nein zur rechten Zeit und bei Dingen, die vielleicht nicht das Beste für die Stadt sind, ist ein Nein zur rechten Zeit, glaube ich, besser als Ja zu allem zu sagen. Das nur als kurze Bemerkung zu vorher. (*Applaus*)

Die Vorlaufzeit, da gebe ich dir Recht. Man muss sich das eine Zeit lang anschauen, aber ich denke, die Mühlen der Bürokratie mahlen ja meistens langsam. Deswegen ist es jetzt zu Schulbeginn wahrscheinlich tatsächlich die richtige Zeit, schon sich Gedanken über das nächste Schuljahr zu machen, damit wir es bis dorthin dann auch schaffen und bei Projekten, die für die Integration und Inklusion für Menschen mit Behinderung sind und für gute Arbeitsplätze, wirst du bei uns und bei mir immer offene Türen einrennen. Da gilt natürlich auch in dem Fall wechselseitig gerne unsere Unterstützung. Und was die Personalkosten betrifft, oder insgesamt das Personal, auch hier ein Wort vielleicht noch zum, im Anschluss auch an den letzten Antrag von uns, natürlich wäre es uns am liebsten, wenn die Stadt Graz Personal in diesem Bereich anstellen würde, ob Menschen mit Behinderung in diesem Fall idealerweise und auch Menschen ohne Behinderung. Also, wenn die Stadt Graz Arbeitsplätze, weitere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnte, nachdem dies aber zumindest in den letzten Jahren in dem Bereich leider nicht geglückt ist, müssen wir uns eben auch andere Dinge überlegen. Und das wäre aus meiner Sicht ein wirklicher Mehrwert für viele Seiten. Dankeschön. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Damit komme ich zur Abstimmung über den Antrag. Ich bitte um Fürstimmen. Ja wohl. Das ist einstimmig. Dankesehr.

Der Dringlichkeitsantrag von GRⁱⁿ Marak-Fischer wurde einstimmig angenommen.

F.7) NEUSTART Digitale Agenda (GR Swatek, NEOS)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Jetzt kommen wir zu dem von mir schon angekündigten letzten. Ich darf den Gemeinderat Swatek herausbitten für seinen Dringlichen.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne! Die Stadt Graz hat richtig erkannt, dass die Digitalisierung uns alle ergreift und tagtäglich gegeben ist. Daher hat die Stadt dem, mittlerweile kann man schon sagen internationalen Vorbild vieler anderen Städte gefolgt und eine Digitale Agenda erstellt. Zu loben ist auch noch, dass die Stadt diese Digitale Agenda auch mit Einbindung der Bürger und Bürgerinnen gemacht hat mit einer Diskussionsplattform online. Online ist diese Digitale Agenda aber leider abgelehnt worden. Es gab 522 Abstimmungen, davon waren 311 negativ. Das heißt, 60 % lehnten die Punkte der Digitalen Agenda in der Form ab. Ich habe das Glück gehabt, dass viele der Personen, oder einige der Personen, die daran teilgenommen haben, namentlich schon bei einem Projekt teilgenommen haben, bei dem ich auch dabei war.

Unter anderem auch die Person, die als erstes auf der Liste stand, die sich am meisten eingebracht hatte. Und ich habe die daraufhin kontaktiert und durfte mit einigen Personen auch aus der Piratenpartei Gespräche führen, wie sie zur Digitalen Agenda stehen. Die Kritikpunkte waren eigentlich immer dieselben bei diesen Personen. Unter anderem, dass die Punkte nicht konkret genug waren, dass eigentlich Schlagwörter benutzt wurden.

Ich möchte einmal ein paar vorlesen, weil sich das eigentlich durch die ganze Digitale Agenda zieht. Da wird sehr oft das Wort „digitale“ einfach, ich könnte schon fast sagen missbraucht.

- digitale Welt,
- digitale Eigenverantwortung,
- digitales Angebot,
- digitale Infrastruktur,
- digitale Transformation

Und um einen einzelnen Punkt zu zitieren, damit man auch so ein Gefühl bekommt, wie die einzelnen Punkte beschrieben sind. Das Thema Infrastruktur wurde abgehandelt mit dem Satz: Wir stellen eine gut ausgebaute und leistbare digitale Infrastruktur für Bürger wie auch Unternehmen in Graz sicher.

Da kommt dann schon der zweite Kritikpunkt der Personen hin, mit denen ich Gespräche führen durfte. Die Digitale Agenda ist kurz und wenig konkrete Projekte. Allein bei dem Satz, den ich gerade vorgelesen habe, stellt sich die Frage: Was für eine Infrastruktur? Will man Breitband ausbauen? Will man W-LAN ausbauen? Was will man machen? Bis wann will man das sicherstellen? Wie will man es sicherstellen? Und das zieht sich leider in dieser Form durch die ganze Digitale Agenda.

Es fehlen einfach konkrete Projekte und konkrete Abläufe. Ich habe dann andere Digitale Agenden gesucht. Es haben eigentlich mittlerweile alle großen Städte international Digitale Agenden. London hat eine, die ist 46 Seiten lang; Köln hat eine, die ist 57 Seiten lang; Sydney hat eine, die ist, glaube ich, rund 30 Seiten lang; Wien hat eine, die ist 48 Seiten lang. Die Digitale Agenda der Stadt Graz ist, wenn man sie aus dieser Online-Plattform rauskopiert, 2 Seiten lang. Vielleicht eine kleine lustige Anmerkung: Allein der Umsetzungsentwurf, also wie Sydney geplant hat, ihre Digitale A umzusetzen, ist länger als unsere gesamte Digitale Agenda.

Und es gibt auch mehrere internationale Studien, die sich damit beschäftigen, was eine Digitale Agenda alles beinhalten sollte, damit es Erfolg hat und auch wirklich umgesetzt wird. Und da kommt man wieder auf die gleichen Themen, die ich schon angesprochen habe. Und zwar auf konkrete Projekte: Was will man umsetzen? Es braucht konkrete Zeiträume. In welchem Zeitraum will man umsetzen? Man soll voneinander lernen, das heißt, Städte, die bereits eine Digitale Agenda haben und in der Umsetzung sind, die sollen...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Swatek, BSc:

...die sollen sich auch einbringen oder einen Austausch pflegen. Das kommt auch nicht in der Digitalen Agenda vor. Und Digitale Agenda soll Chefsache sein, und da ist auch die Idee geboren, vielleicht einen Stadtrat für Digitalisierung einzuführen. Das könnte man durchaus diskutieren.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Swatek, BSc:

Und da die Digitale Agenda in dieser Form jetzt abgelehnt worden ist und der Magistratsdirektor Haidvogel richtig auf Twitter erkannt hat, jetzt ist die Politik am Zug, habe ich mich dazu entschlossen, diesen dringlichen Antrag zu stellen. Und zwar hätte ich eigentlich gerne, dass wir in Zusammenarbeit mit den Bürgern und mit Experten eine neue Digitale Agenda ausarbeiten. Eine Digitale Agenda, die den Namen auch ein bisschen mehr verdient und die wirklich auch konkrete Projekte beinhaltet und auch wirklich alle Grazerinnen und Grazer schon in der Ausarbeitung miteinbezieht.

Und daher stelle ich den dringlichen Antrag, gemäß § 18 der Geschäftsordnung:

Punkt 1) Gemeinsam mit dem Beirat für Bürgerbeteiligung soll die Stadt Graz einen Zeit- und Maßnahmenplan für die Erstellung einer Digitalen Agenda für Graz entwickeln. Dabei kann die Erstellung einer Digitalen Agenda Wiens als Vorbild wirken.

Punkt 2) Die Digitale Agenda muss kurz-, mittel- und langfristige Projekte sowie Ziele, und wie diese umgesetzt werden können, enthalten. Außerdem soll sie sich an der Länge vergleichbarer Städte orientieren (London z.B.). Die digitale Agenda muss Expertinnen und Experten, sowie der Bevölkerung von Graz sowohl in Online- als auch Offline-Formaten diskutiert und erarbeitet werden.

In der Digitalen Agenda soll auch die Möglichkeit einer Stadträtin/eines Stadtrates für Digitalisierung erörtert werden, damit diese wichtige Querschnittsmaterie nicht untergeht.

Die Digitale Agenda ist abgelehnt worden und ich wäre dafür, dass wir uns als Politik zusammen mit Experten und mit Bürgern zusammenraufen und einen neuen Prozess aufsetzen, um Graz digital fit zu machen. (Applaus)

*Gemeinderat Swatek stellt gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den **dringlichen Antrag:***

- 1) Gemeinsam mit dem Beirat für BürgerInnenbeteiligung soll die Stadt Graz einen Zeit- und Maßnahmenplan für die Erstellung einer Digitalen Agenda für Graz entwickeln. Dabei kann die Erstellung der Digitalen Agenda Wiens als Vorbild wirken.*
- 2) Diese Digitale Agenda muss kurz-, mittel- und langfristige Projekte sowie Ziele, und wie diese umgesetzt werden können, enthalten. Außerdem soll sie sich an der Länge vergleichbarer Städte orientieren (Coventry, London etc.).*
- 3) Die Digitale Agenda muss mit Expertinnen und Experten sowie der Bevölkerung von Graz sowohl in Online- als auch Offline-Formaten diskutiert und erarbeitet werden.*
- 4) In der Digitalen Agenda soll auch die Möglichkeit einer Stadträtin/eines Stadtrates für Digitalisierung erörtert werden, damit diese wichtige Querschnittsmaterie nicht untergeht.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Ich darf den Herrn Magistratsdirektor ans Rednerpult bitten zur sachlichen Beauskunftung.

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Sehr herzlichen Dank! Ich werde jetzt nicht inhaltlich auf die Digitale Agenda eingehen, weil dafür ist eine politische Diskussion geplant, um darüber zu diskutieren, auf welcher Ebene eine Agenda eingezogen werden soll. Hier wurde ja der Versuch gestartet, sie auf sehr hoher Ebene einzuziehen, weil uns fast tagtäglich neue digitale Projekte gegenüberstehen und wir auch nicht vorhaben, die Digitale Agenda mit Einzelprojekten zu überlasten, die dann nach zwei/drei Jahren schon wieder quasi ihre Gültigkeit verloren haben. Aber das soll dann in die politische Diskussion kommen. Ich möchte zu dem, dass sie abgewählt wurde, doch etwas sagen. Weil die Plattform Discuto ja auch Auswertungen ermöglicht und es schaut so aus: 35 Tage hat diese digitale Abstimmung stattgefunden. Über die ersten 33 Tage hat es 90 % Zustimmung gegeben. Eine gleichmäßige Verteilung von Likes und Dislikes und immer Kommentare dazu. Also, das ist die Linie der Kommentare, das ist die Linie der Likes und Dislikes. Man sieht, es verläuft so ganz normal. Also, es sind sehr viele Kommentare abgegeben worden. Und eben auch Likes und Dislikes. Aber insgesamt ist eine 90 prozentige Zustimmung rausgekommen.

Das hat sich in den letzten drei Tagen dann massiv geändert. Da wurden so gut wie keine Kommentare mehr abgegeben. Aber auf einmal nur mehr Dislikes. Es wurden alle Punkte nur runtergeliked, auch die, wo es nur um Fragen gegangen ist.

Zum Beispiel:

Haben Sie Vorschläge für die Zusammenarbeit mit den Grazer Bürgern und Bürgerinnen? Dislike.

Haben Sie Ideen? Dislike.

Also, auch dort, wo Dislike schwer einen Sinn ergibt, wenn man das nicht weiter kommentiert. Und es ist uns auch gleich aufgefallen nach den ersten Vieren, die haben sich ausgegeben als Menschen, die auf den Listen der Neos kandidiert haben. Ich weiß nicht, ob das so stimmt, aber dem Namen nach.

Unverständliche Zwischenrufe.

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Ich habe den Herrn Swatek dann auch kontaktiert. Es waren dann nachher noch 16 solche Beiträge, die also nur runtergeliked haben, die haben dann nur noch Phantasienamen. Aber man sieht, dass innerhalb der letzten drei Tage, es ist nichts Ungewöhnliches, wenn innerhalb der letzten drei Tage die Beteiligung steigt. Aber auch die Herren von Discuto sagen, es ist also extrem auffallend, wenn innerhalb der letzten drei Tage dann nur Dislikes erfolgen ohne fast inhaltliche Beiträge.

Unverständliche Zwischenrufe.

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Und daher hat sich in den letzten drei Tagen von 90 % auf 40 % Zustimmung geändert.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Darf ich eine Zwischenfrage stellen?

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Ja.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Haben Sie auch eine Auswertung, wie viele Leute überhaupt positiv/negativ abgestimmt haben?

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Nein, können wir aber vielleicht machen.

Unverständliche Antwort von GR Swatek

Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel:

Ja, würden wir gerne machen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Magistratsdirektor, danke für die Ausführungen. (*Applaus*)

Ich darf fragen, ob es zum dringlichen Antrag eine Wortmeldung gibt. Bitte, Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mich zum Beginn beim Herrn Magistratsdirektor für seine Ausführungen bedanken, weil das doch auch etwas Neues war, was wir noch nicht wussten. Ich will an dieser Stelle nicht beurteilen, ob die Neos jetzt Menschen aufgefordert haben, dort abzustimmen oder nicht.

Zwischenrufe von unbekannt: Na, nie.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Was mir...

Ich habe gesagt, ich will das nicht beurteilen.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Was mir allerdings schon seltsam aufgefallen ist, wie das sein kann, dass man auf eine Frage überhaupt mit einem Dislike antworten kann. Also, da denke ich mir, da hätte man vielleicht das auch anders programmieren können.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Bitte?

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Nein, das ist einfach seltsam. Über das sollte man einmal nachdenken, wenn man das neu aufsetzt. Weil grundsätzlich war ja die Ausgangssituation, nachdem was wir dem Artikel der ITG entnehmen können, da hat es geheißen, wir binden BürgerInnen, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung bei der Entwicklung neuer digitaler Möglichkeiten ein. Ich glaube, dass es da in der Stadt Graz sehr viel Erfahrung gibt. Gerade im Bereich Digitalisierung. Und zwar einerseits bei Fachleuten auf der Uni, aber auch bei Menschen, die sich schon seit sehr langer Zeit mit diesem Thema beschäftigen, ja. Und gerade zum Beispiel bei Open-data-Projekte, wo es auch sehr viele gibt, und wo die Stadt Graz auch schon einiges gemacht hat.

Da sind einfach Innovationen entstanden und das hätte eben in diesem Fall im Zusammenhang mit der Digitalen Agenda auch der Fall sein können. Und ich glaube auch, dass wir ein Referat für BürgerInnen-Beteiligung haben, das so einen Prozess hätte erarbeiten können. Und ich fürchte, in diesem Fall ist das nicht gelungen, das breit genug aufzustellen und deshalb freue ich mich auch, dass es da jetzt eine politische Diskussion geben wird, wo ich hoffe, dass alle eingebunden sind. Und wo wir alle unser Know-how einbringen können. Aber jedenfalls unterstützen wir den Antrag von den Neos und denken uns, man sollte es noch einmal angehen und dann vielleicht mit Unterstützung noch gescheiter machen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Dringlichen? Dann, bitte ich den Antragsteller zu seinem Schlusswort ans Rednerpult.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Ja, also, dass man in dem Haus, wenn etwas nicht nach Meinung geht, einfach Leute anpatzt und sagt, sie hätten irgendetwas beeinflusst, haben wir eh schon gehabt. Also ist es für mich nichts Neues. Enttäuscht mich immer wieder dieser Stil, der hier im Grazer Gemeinderat gelebt wird.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Was ich dazu noch sagen muss, ist einfach, Sie haben es eh richtig gesagt, man weiß, dass die Beteiligung gegen Ende einer Abstimmung steigt, das liegt auch daran, wie wir wissen, dass wenn die Ergebnisse öffentlich sind, dass die Leute mit ihrer wahren Abstimmung warten, bis das Ende kommt. Sie haben mich darauf hingewiesen, dass vier Leute abgestimmt haben. Ich glaube, am Schluss waren es sogar fünf, die aus meinem Umfeld kommen, von uns NEOS kommen.

Ja, das ist ihr gutes Recht, sind auch Bürger der Stadt, auch ich bin Bürger der Stadt. Wenn ich abstimme, ist es auch von jedem da hier ist es das Recht, da dran teilzunehmen. Ob mit (*unverständlich*) oder nicht, das kann man ja vorher in so einem Programm festlegen. Es hat von mir keine Aufforderung gegeben, jetzt in irgendeiner Art und Weise dagegen zu stimmen. Ich weiß nicht, ob die Piratenpartei das gemacht hat. Ich weiß nicht, ob diese Hacker-Klubs, mit denen ich kurz Kontakt hatte, das danach gemacht haben. Was aber ganz sicher der Fall ist, ist, dass die Digitale Agenda in der Form abgelehnt wurde und dass dahinter ganz sicher, und das werden wir hoffentlich bestätigen können, kann man ja, glaube ich, sich auslesen, was weiß ich, IP-Adressen, E-Mails, was es halt auch so gibt, nachweisen kann, dass es sich dabei um Bürger handelt. Bürger, die diese Digitale Agenda in der Form abgelehnt haben und dementsprechend finde ich halt einfach, dass wir einen Neustart wagen sollten, uns alle zusammensetzen sollten mit Experten, aber auch mit allen Grazerinnen und Grazern und einfach eine umfassende Digitale Agenda erstellen sollten. Und ich glaube dringlicher, als dass die Digitale Agenda erst letzten Freitag erst abgelehnt worden ist, kann es nicht mehr werden. Daher bitte ich um die Annahme der Dringlichkeit und dann des Antrages. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 19, damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Es hilft nichts, es werden nicht mehr.

Der Dringlichkeitsantrag von GR Swatek wurde mehrheitlich gegen Neos, KPÖ, Grüne, SPÖ abgelehnt.